

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVIII. Jahrgang, Nr. 10

Oktober 1955

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Zuspitzung der Preis-Lohn-Situation — Langsameres Wachsen des Sozialproduktes — Trotz Rekordausfuhr namhaftes Defizit in der Handels- und Zahlungsbilanz — Verteuerung und Verknappung der Kredite

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft; Entwicklung und Aussichten der Fleischversorgung — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr; Zur Frage der Gründung einer österreichischen Zivilluftfahrt — Außenhandel

Die Importtendenzen seit der 75%igen Liberalisierung

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Zuspitzung der Preis-Lohn-Situation — Langsameres Wachsen des Sozialproduktes — Trotz Rekordausfuhr namhaftes Defizit in der Handels- und Zahlungsbilanz — Verteuerung und Verknappung der Kredite

Die schon bisher hohe Ausnützung der verfügbaren Produktivkräfte hielt den Saisonaufschwung der Wirtschaft zu Herbstbeginn in verhältnismäßig engen Grenzen. Industrieproduktion und Beschäftigung belebten sich nur noch im saisonüblichen Ausmaß. Der Produktivitätsfortschritt hat nahezu aufgehört. Auch im Einzelhandel lief die Herbstsaison nach bemerkenswert gutem Geschäftsgang in den Sommermonaten nur zögernd an. Das merklich langsamere Wachsen des Sozialproduktes begünstigt Auftriebendenzen bei Preisen und Löhnen und verschärft soziale Spannungen. Die Wirtschaftskommission der Bundesregierung und der Interessenverbände versuchten bisher vergeblich, die Interessengegensätze und miteinander konkurrierenden Ansprüche an das Sozialprodukt auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Das Scheitern dieser Bemühungen hat den Weg zu neuen Lohn- und Gehaltsforderungen freigegeben und die allgemeine Unsicherheit erhöht. Um die Haussestimmung zu dämpfen, haben die Währungsbehörden neuerlich die Bankrate erhöht sowie die quantitative und qualitative Kreditkontrolle verschärft.

Nach den abnormalen Veränderungen im September entwickelte sich der *Arbeitsmarkt* im Oktober wieder annähernd saisongemäß. Die Wirtschaft nahm weitere 3.000 Arbeitskräfte auf und beschäftigte Ende Oktober 2,151.100 unselbständig Erwerbstätige, mehr als je zuvor. Die Neueinstellungen waren allerdings ebenso wie in den Vormonaten geringer als im Jahre 1954. Im Februar waren noch um 135.800 Arbeitskräfte mehr beschäftigt worden als im Vorjahre, Ende Oktober aber war der Vorsprung nur noch um 75.100 mehr. Die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden*, die bereits im September saisonwidrig leicht zugenommen hatte, stieg im Oktober um 7.600 auf 77.800. Sie war damit nur noch um 17.400 niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Ebenso wie im September sank im Oktober die Zahl der arbeitssuchenden Textil- und Bekleidungsarbeiter nur geringfügig (um 890 gegen 2.900 im Vorjahr), während die Zahl der arbeitssuchenden Gaststättenarbeiter stärker zunahm (um 4.000 gegen 3.570 im Vorjahr). Die jahreszeitlich bedingten Entlassungen von Bauarbeitern, Hilfsarbeitern und Metallarbeitern hielten sich dank dem milden Herbstwetter und der guten Konjunktur in

den Investitionsgüterindustrien auch im Oktober noch in engen Grenzen. Die im Vergleich zum Vorjahr ungünstigere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt geht hauptsächlich auf die weitgehende Ausschöpfung des volleinsatzfähigen Arbeitskräftepotentials zurück. Außerdem scheint die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht mehr so stark zu sein wie bisher. Jedenfalls war die Zahl der *offenen Stellen* im Oktober mit 28.200 nur um 6.800 höher als im Oktober 1954, während im Juni der Vorjahresstand noch um 10.800 überschritten wurde.

Die *Industrieproduktion* je Arbeitstag stieg im August um 1,2% auf 213 (1937 = 100). Die Zunahme war etwas stärker, als saisonbedingt zu erwarten war, aber erheblich schwächer als im August 1954. Das Produktionsniveau vom Vorjahr wurde im Juli um 13,3% überschritten, im August aber nur noch um 9,5%. Für die Konsumgüterindustrien begann im August die Herbstsaison; sie erzeugten um 7,2% mehr als im Vormonat. Besonders in der Textilindustrie und in der Leder- und Schuhindustrie, die im Juli teilweise geschlossen hatten, stieg die Produktion sprunghaft (um 23% und 54% je Arbeitstag). In den Investitionsgüterindustrien dagegen hat sich die Produktion wenig verändert. Nur die Maschinen- und Elektroindustrie erzeugten der Urlaube wegen weit weniger als im Vormonat. Nach dem *Konjunkturtest des Institutes* erhielten die Konsumgüterindustrien im August reichlich Aufträge für die Herbstsaison und konnten daher ihre Produktion im September kräftig ausweiten. Die verhältnismäßig schwachen Einzelhandelsumsätze im September veranlaßten allerdings viele Betriebe, im Oktober wieder vorsichtiger zu disponieren. Die Investitionsgüterindustrien belebten sich im Herbst nur verhältnismäßig schwach, da nicht mehr genügend Produktionsmittel für eine weitere Expansion zur Verfügung stehen. Auch die Aufträge nehmen weiterhin weniger stark zu als im Vorjahr. In den am Konjunkturtest des Institutes mitarbeitenden Firmen der Investitionsgüterindustrien stiegen die Bestellungen heuer von Juni bis Oktober nur um durchschnittlich 7%, gegen 22% im Vorjahr. Die Häufung von Aufträgen gegen Jahresende, die im Vorjahre vor allem auf steuerliche Erwägungen zurückging, ist heuer u. a. deshalb ausgeblieben, weil die Investitionsgüterindu-

strien vielfach nicht mehr imstande sind, Bestellungen bis Jahresende auszuführen.

Die Nachfrage nach Konsumgütern war heuer bereits im August sehr lebhaft. Der *Einzelhandel* verkaufte daher im September nur um 1% mehr als im August, wiewohl saisongemäß eine Umsatzsteigerung um etwa 6% zu erwarten war. Die Umsätze in den Warenhäusern, die am stärksten von der Kaufwelle im August profitiert hatten, ebenso wie die Umsätze in den Konsumgenossenschaften gingen sogar um 17% und 4% zurück. Trotzdem wurde im September d. J. mengenmäßig noch um 14% mehr verkauft als im September 1954. Die Herbstsaison lief vor allem im Handel mit Möbeln, Textilien und Schuhen nur zögernd an. Diese Branchen durften saisongemäß mit Umsatzsteigerungen von 18%, 31% und 26% rechnen, verkauften aber nur um 10%, 11% und 20% mehr als im August. In dieser Gruppe schnitt nur der Handel mit Uhren und Schmuckwaren dank der Eröffnung des Burgtheaters und der Staatsoper günstig ab. Verhältnismäßig gut ging auch der Lebensmittelhandel. Seine Umsätze, die sonst um 2% zurückgehen, stiegen heuer um 1%.

Der Außenhandel zeigt weiterhin eine steigende Tendenz. Die *Ausfuhr* nahm im September um 132 Mill. S zu und erreichte mit 1.585 Mill. S einen neuen Rekordstand. Das Exportvolumen war mit 216 (1937 = 100) um 19% höher als im Vorjahr. Die ausgezeichnete Weltkonjunktur erleichtert es, auch österreichische Fertigwaren zu exportieren. Außer Textilien und Papier, die im Export dominieren, gelang es auch, Fertighäuser, Schuhe, Kautschukwaren, Holzwaren und elektrotechnische Maschinen und Apparate in weit größeren Mengen auszuführen als bisher. Da der Export von Rohstoffen und Halbwaren praktisch unverändert blieb, stieg der Anteil der Fertigwaren am Gesamtexport von 42% auf 46%, den höchsten Stand seit Jänner 1954. Der Aufschwung des Fertigwarenxportes deutet darauf hin, daß die österreichische Industrie trotz verschiedenen Kostensteigerungen im Laufe des letzten Jahres international noch wettbewerbsfähig ist. Es ist jedoch nach wie vor wichtig, die Ausfuhr von Fertigwaren sorgsam zu pflegen und durch verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen zu fördern, da das Defizit in der Handels und Zah-

lungsbilanz im wesentlichen nur durch zusätzliche Exporte geschlossen werden kann. Rohstoffe und Halbwaren sind bereits im Inland knapp und können daher kaum in größeren Mengen exportiert werden, ohne die heimische Wirtschaft empfindlich zu stören.

Mit der Ausfuhr stieg im September auch die *Einfuhr* um 107 Mill. S auf 1.934 Mill. S. Das Importvolumen war mit 173% von 1937 um 42% höher als im gleichen Vorjahresmonat. Gegenüber August wurden um 16 Mill. S mehr Rohstoffe (hauptsächlich Kohle), um 35 Mill. S mehr Halbwaren und um 49 Mill. S mehr Fertigwaren eingeführt. Die Einfuhr von Personenkraftwagen stieg nach einem vorübergehenden Rückgang im August wieder annähernd auf den früheren Stand. Bemerkenswert rege war ferner die Nachfrage nach ausländischen Textilien und Uhren. Die Importe an diesen Waren erreichten im September 139 Mill. S und 38 Mill. S, gegen nur 104 Mill. S und 26 Mill. S im Durchschnitt der Monate Jänner bis August. 10% aller Importe kamen im September aus den USA. Der verhältnismäßig hohe Anteil der Dollarimporte geht teilweise auf umfangreiche Kohlenbezüge aus den USA zurück. Außerdem werden seit Beginn der Dollarliberalisierung viele Dollarwaren, die bisher über die EZU-Staaten bezogen wurden, nunmehr direkt in den USA eingekauft.

Trotz der überaus günstigen Entwicklung der Ausfuhr und einer ziemlich stetigen Verbesserung der Austauschverhältnisse im Außenhandel war das Defizit in der *Handelsbilanz* im September mit 349 Mill. S nur wenig geringer als im August (374 Mill. S). Das hohe Passivum in der Handelsbilanz belastet die *Devisenbilanz* um so stärker, als aus dem Fremdenverkehr saisonbedingt nur wenig Devisen eingingen und die Devisenbeiträge der Besatzungsmächte ausfallen. Im September erhielt die Notenbank nur 187 Mill. S Devisen aus dem Fremdenverkehr, um 249 Mill. S weniger als im August und um 54 Mill. S weniger als im September 1954. Zudem war die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste um 32% höher als im Vorjahr. Die Devisenbilanz ist daher weiterhin stark passiv. Das Monatsdefizit gegenüber der EZU stieg von 40 Mill. \$ im September auf 47 Mill. \$ im Oktober, wiewohl die Notenbank be-

reits vor Abrechnung der Clearingsalden zu Monatsende in größerem Umfang Forderungen in EZU-Währungen bilateral abdeckte und dadurch die EZU-Abrechnung entlastete. Die valutarischen Bestände der Notenbank sanken im Oktober um 368 Mill. S. (Im Oktober 1954 hatten sie um 14 Mill. S zugenommen.)

Die umfangreichen Devisenverkäufe der Notenbank beschränkten die kreditpolitische Bewegungsfreiheit der Kreditinstitute. Nach einer vorübergehend stärkeren Kreditexpansion im Juli und August, die im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag notwendig wurde, gewährten die Kreditinstitute im September nur 273 Mill. S zusätzliche *kommerzielle Kredite* (im August hatte das kommerzielle Kreditvolumen noch um 563 Mill. S und im September 1954 um 494 Mill. S zugenommen). Von der Ausweitung der kommerziellen Kredite im September entfielen 96 Mill. S auf Kredite an ehemalige USIA-Betriebe im Rahmen des Garantiegesetzes. Weiters wurden namhafte Kredite zur Finanzierung der Ernte flüssig gemacht, die heuer besser ausgefallen ist als im Vorjahr. Obwohl hauptsächlich Kredite an USIA-Betriebe und zur Finanzierung der Ernte gewährt wurden, die nicht auf die Kreditabkommen angerechnet werden, hat sich der Spielraum der Kreditinstitute für zusätzliche Kredite nur wenig vergrößert. Die Krediterteilungsreserve der Banken und Kreditgenossenschaften betrug Ende September 392 Mill. S, gegen 326 Mill. S Ende August. Die erste Liquidität der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute sank sogar auf 13,6% und blieb damit um 1,4% unter den vereinbarten Mindestsatz. Um die Liquidität zu erhöhen und den Abfluß von Notenbankgeld zu kompensieren, den die passive Zahlungsbilanz verursachte, mußten die Kreditinstitute im Oktober 160 Mill. S Wechsel bei der Notenbank zum Rediskont einreichen und Lombardkredite in Höhe von 133 Mill. S beanspruchen.

Die passive Zahlungsbilanz, die Verlangsamung der Kreditexpansion und die verhältnismäßig geringen Wertpapierkäufe der Kreditinstitute wirken sich merklich auf die Geldmenge aus. Das zirkulierende *Geldvolumen* stieg im September hauptsächlich infolge geringerer Bargeldansprüche der Wirtschaft nur um 23 Mill. S, gegen 544 Mill. S im Vorjahr. Ins-

gesamt wurde das Geldvolumen im III. Quartal 1955 nur um 712 Mill. S oder 2'4% ausgeweitet, gegen 1.604 Mill. S oder 6'3% im III. Quartal 1954. Die langsamere Ausweitung der Geldmenge wirkte sich allerdings nicht voll auf die kaufkräftige Nachfrage aus, da die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zunahm und bisher stillgelegte öffentliche Mittel in den Umlauf flossen.

Das *Preisniveau* blieb im Oktober ziemlich stabil. Der Lebenshaltungskostenindex des Institutes stieg saisonbedingt um 0'3% auf 689'3 (März 1938 = 100). Dank dem milden Herbst zogen die Preise der meisten Saisonprodukte, wie Gemüse, Obst und Eier, nur verhältnismäßig wenig an oder gingen sogar saisonwidrig zurück. Nur Kartoffeln verteuerten sich im In- und Auslande stärker als saisonbedingt. Außerdem wurden Kalbfleisch, Schmalz, Speckfz, Hausbrandkohle und einzelne Holzwaren etwas teurer, dafür aber Speiseöl billiger. Im Großhandel bewirkten Verbilligungen von Schweinefleisch und Kautschuk eine Senkung des vom Statistischen Zentralamt berechneten Index der Großhandelspreise um 0'9% auf 838 (1938 = 100)¹⁾. Verglichen mit Mitte Oktober 1954 waren die Großhandelspreise um 1'6% und die Lebenshaltungskosten um 1'0% höher.

Während sich die statistisch meßbaren Veränderungen des Preisniveaus in bescheidenen Grenzen halten, hat sich das allgemeine „*Preisklima*“ in jüngster Zeit merklich verschlechtert. Die Bevölkerung spürt, daß sich hinter der verhältnismäßig starren Front lebenswichtiger Letztverbraucherpreise starke Preisauftriebstendenzen formieren, die früher oder später ihre Lebenshaltung beeinträchtigen könnten. Sie reagiert daher auf jede Preiserhöhung — auch wenn sie für sich genommen unbedeutend ist — besonders empfindlich. Auch die günstige Ertragslage in bestimmten konjunkturbegünstigten Branchen und die Ankündigung unvermeidlicher Preiskorrekturen für wichtige Bedarfsgüter wirkten psychologisch ungünstig. Die Stimmung in den Betrieben und Haushalten hat sich daher zunehmend verschlechtert. Lohnforderungen auf betrieblicher Ebene häuften sich, es kam zu

¹⁾ Die Vertauierung von Zündhölzern und Kaffeemitteln sowie die Verbilligung von Benzin traten erst nach Mitte Oktober ein.

Proteststreiks unter dem Motto „Preissenkungen oder Lohnerhöhungen“, und der Gewerkschaftsbund hatte Mühe, die Zügel der Lohnpolitik in der Hand zu behalten. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung haben einzelne Bundesländer — Oberösterreich und Vorarlberg — Preisbeobachtungsstellen ins Leben gerufen, die sich u. a. mit Vorschlägen zur Stabilisierung der Preise befassen.

In dieser Lage tagte am 7. November 1955 die *Wirtschaftskommission der Bundesregierung*, der neben den Wirtschaftsministerien die drei Wirtschaftskammern und der Gewerkschaftsbund angehören, und die in den vergangenen Jahren stets auf den Plan trat, wenn es galt, gefahrbringende Situationen auf dem Gebiete Währung, Preise und Löhne zu bereinigen. Die Öffentlichkeit rechnete damit, daß in diesem hohen wirtschaftspolitischen Gremium die verschiedenen divergierenden Wünsche und Auffassungen hart aufeinanderprallen würden, hoffte aber, daß schließlich doch, wie bisher stets in der Vergangenheit, ein tragfähiges Kompromiß und ein Ausweg aus den Schwierigkeiten gefunden würde. Überraschenderweise endeten die Verhandlungen dieses Mal mit einem Eklat; die Interessengegensätze wurden nicht überbrückt und die Verhandlungen endeten ergebnislos. Da in der nachfolgenden öffentlichen Auseinandersetzung die Forderungen der einzelnen sozialen Gruppen noch überspitzt formuliert wurden und die Interessengegensätze noch schärfer hervortraten, erhielt die Haussestimung in der Bevölkerung neue Nahrung. Die ohnehin schwierige Aufgabe der Konjunkturstabilisierung wurde dadurch mit einer zusätzlichen Hypothek belastet.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Diskussion haben die maßgeblichen wirtschaftlichen Interessengruppen etwa folgende Standpunkte bezogen:

a) Die Vertreter der *Landwirtschaft* beharren darauf, daß der Milchpreis um 30 bis 40 Groschen pro Liter erhöht wird. Diese Forderung wird damit begründet, daß die Produktionskosten seit der Stabilisierung der Währung stark gestiegen sind. Der Erzeugerpreis für Milch sei daher trotz Gewährung einer Subvention von 20 Groschen je Liter im Juli 1952 nicht mehr kostendeckend. Die unzureichende Rentabilität der Milchproduktion gefährde die Markt-

leistung und die Selbstversorgung mit Milchprodukten. Die beim Innenministerium als der zuständigen Preisbehörde beantragte Erhöhung des Milchpreises würde das Einkommen der Land- und Forstwirtschaft jährlich um 300 bis 400 Mill. S oder um 4 bis 5% erhöhen.

b) Der *Gewerkschaftsbund* lehnt eine zusätzliche Belastung der Verbraucher durch höhere Milchpreise grundsätzlich ab und fordert preissenkende Maßnahmen, wie die Ermäßigung oder Aufhebung der Umsatzsteuer für Nahrungsmittel und Zollsenkungen. Gleichzeitig hat der Gewerkschaftsbund seine Mitglieder ermächtigt, zunächst — bis die Verhandlungen in der Wirtschaftskommission wieder aufgenommen werden — eine einmalige Überbrückungshilfe in Höhe eines Wochenlohnes zu fordern. Von dieser Ermächtigung haben die stärksten und einflußreichsten Gewerkschaften bereits Gebrauch gemacht. Auf der gleichen Ebene wie die Bemühungen der Gewerkschaften liegt ein Antrag der Sozialistischen Partei, die steuerliche Belastung der Verbraucher zu senken. Nach diesem Vorschlag soll ein bestimmter Teil der Einkommen, der üblicherweise zum Ankauf langlebiger Konsumgüter verwendet wird, steuerfrei bleiben. Der Steuerausfall soll durch entsprechende Reduzierung der steuerlichen Begünstigungen für Neuinvestitionen der Betriebe wettgemacht werden. Die Ansprüche auf ein höheres Realeinkommen der Unselbständigen wurden bisher nicht so präzis formuliert, daß man sie genau quantifizieren könnte. Es dürfte sich aber um folgende Größenordnungen handeln: Eine einmalige Überbrückungshilfe von einem Wochenlohn für sämtliche Arbeiter und Angestellte (ohne Rentner und Pensionisten) würde die Lohn- und Gehaltsumme noch in diesem Jahr um rund 800 Mill. S oder 2% erhöhen. Die Aufhebung der Umsatzsteuer hätte nur geringe Wirkung, wenn sie sich auf Grundnahrungsmittel beschränkte, da diese bereits jetzt einen bevorzugten Steuersatz (1'7%) genießen. In diesem Falle würde der Fiskus einen Steuerausfall von etwas über 200 Mill. S erleiden und der Lebenshaltungskostenindex würde um 0'5% sinken. Würden jedoch die Steuern für sämtliche Nahrungsmittel in allen Umsatzphasen aufgehoben, dann betrüge der Steueraus-

fall über 1 Mrd. S und der Lebenshaltungskostenindex würde um mehr als 3% fallen. Was schließlich die beantragte Ermäßigung der Einkommensteuer anlangt, so würde diese nach Angaben des Finanzministeriums die Kaufkraft der privaten Haushalte um 600 Mill. S erhöhen.

c) Die Vertreter der *gewerblichen Wirtschaft* plädieren für einen freiwilligen Preis-Lohn-Stop. Sie sprechen sich gegen die Überbrückungshilfe aus, da sie ihrer Auffassung nach inflationistisch wirken würde. Außerdem sei es unbedingt notwendig, die Investitionstätigkeit weiterhin steuerlich zu fördern.

Wie ist es zu erklären, daß gegenwärtig so tiefgreifende Interessengegensätze und Meinungsverschiedenheiten der maßgeblichen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen auftreten und nicht, wie man in den letzten Jahren gewohnt war, überbrückt werden können? Solange Produktion, Beschäftigung und Produktivität rasch zunahm und das wachsende Sozialprodukt eine spürbare Hebung des Realeinkommens aller Bevölkerungsschichten ermöglichte, trat das Problem der Verteilung des Sozialproduktes vorübergehend in den Hintergrund. Man stellte mit Befriedigung fest, daß man an der aufblühenden Wirtschaft teil hatte und daß der Lebensstandard stieg und zerbrach sich im übrigen nicht allzusehr den Kopf, ob die Konjunkturgewinne gerecht verteilt würden. Seit Anfang 1955 jedoch ist der saisonbereinigte Index der Industrieproduktion nur noch um 3'8% und der saisonbereinigte Index der Beschäftigung nur um 1'3% gestiegen, während im Vorjahre in der gleichen Zeit die Steigerung 11% und 4'1% betrug. Auch die Produktivität stagniert bereits seit einiger Zeit, da die Produktionsanlagen vielfach überoptimal ausgelastet sind, infolge des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften auch minderleistungsfähige und branchenfremde Arbeitskräfte beschäftigt werden und nicht mehr Überstunden geleistet werden können. Die Industrieproduktion je Beschäftigten war im I. Quartal 1955 um 13%, im II. und III. Quartal aber nur noch um 6% und um 3% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Sobald aber der Konjunkturaufschwung an seine natürlichen Grenzen zu stoßen beginnt und das Sozialprodukt nur noch langsam zunimmt, wird eine Erhöhung der Realeinkom-

men im bisherigen Ausmaß, die von vielen Haushalten bereits in ihre Konsumpläne einkalkuliert und teilweise durch Ratenkäufe vorweg genommen wurde, nicht mehr gleichsam automatisch durch ein bloßes Partizipieren am wachsenden Sozialprodukt gewährleistet. Außerordentliche Verbesserungen des Realeinkommens einzelner Gruppen sind nur noch durch Veränderungen in der Verteilung des Sozialproduktes möglich.

Die gegenwärtige Situation wird noch dadurch kompliziert, daß es für verschiedene Unternehmer- und Arbeitergruppen, die durch die Hochkonjunktur besonders begünstigt werden, verlockend und risikolos scheint, ihren Anteil am Sozialprodukt, zumindest kurzfristig auf Kosten anderer Bevölkerungsschichten zu erhöhen. Für konjunkturbegünstigte Branchen sind Preiserhöhungen kein wirtschaftliches, sondern höchstens ein politisches Risiko. Die Unternehmer dieser Zweige leisten Lohnforderungen nur geringen Widerstand, da sie Kostenerhöhungen leicht auf die Preise ihrer Produkte überwälzen können. Auf der anderen Seite haben verschiedene Fachgewerkschaften nur geringe Bedenken, daß Lohnenerhöhungen kurzfristig die Arbeitslage verschlechtern. Diese Einstellung in bestimmten Unternehmer- und Gewerkschaftskreisen erhöht natürlich die Gefahr für die innere und äußere Stabilität der *gesamten* Wirtschaft.

Es ist gegenwärtig noch nicht abzusehen, wie die Forderungen und Wünsche der einzelnen Interessengruppen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. Die Gefahr ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß sich die Fronten verhärten und manche zunächst nur aus taktischen Erwägungen gestellten Ansprüche in dem Maße zu unabdingbaren Forderungen werden, als sie öffentlich diskutiert und kritisiert werden. Die vielfach gehegte Hoffnung, daß die schwierigsten Konfliktstoffe (Milchpreiserhöhung, Steuer- und Zollsenkungen, Investitionsbegünstigungen für Haushalte) auf dem Umwege über das Budget aus der Welt geschafft werden könnten, mußte sich unter den gegebenen Verhältnissen als trügerisch erweisen. Zum Unterschied von den Budgetabschlüssen der letzten Jahre, die regelmäßig weit besser waren als die Voranschläge und teilweise bedeutende Überschüsse ergaben, ist das *Budget 1955* äußerst an-

gespannt. Erhebliche Mehrauslagen über die im Voranschlag vorgesehenen Ausgaben für Personal und verschiedenen Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag haben die Hoffnung zunichte gemacht, daß es trotz einem veranschlagten Gesamtdefizit von 2,6 Mrd. S ebenso wie in den Jahren 1953 und 1954 gelingen werde, den Gesamthaushalt auszugleichen. Der Bund muß vielmehr zur Deckung seiner Verpflichtungen auf Kassenreserven zurückgreifen, ein Schritt, der gerade in der gegenwärtigen Konjunkturlage nicht unbedenklich scheint.

Auch das *Budget 1956* verträgt kaum noch zusätzliche Belastungen. Der gegenwärtig vom Parlament behandelte Bundesvoranschlag sieht Gesamtausgaben von 27.869 Mill. S vor, denen laufende Einnahmen von nur 26.006 Mill. S gegenüberstehen. Die Gesamtgebarung schließt daher zunächst mit einem Abgang von 1.863 Mill. S. Gewiß wird auch im Jahre 1956 mehr an Steuern und Tarifen eingehen als veranschlagt wurde. Die Mehreinnahmen werden sich jedoch, selbst wenn es gelänge, die Steuerrückstände abzubauen, in viel engeren Grenzen halten als in den letzten Jahren, da die Konjunktur bereits ihren Höhepunkt erreicht hat. Auf der anderen Seite werden unvermeidlich Mehrausgaben für verschiedene Zwecke anfallen, für die im Voranschlag nicht oder zumindest nicht ausreichend vorgesorgt wurde. Der Bund wird u. a. einen Teil der Ablöse für die Erdölbetriebe finanzieren müssen und für das Heer über die im Voranschlag vorgesehenen 500 Mill. S hinaus zusätzliche Ausgaben bewilligen müssen. Unter diesen Umständen ist es trotz Kürzung der investitionsähnlichen Ausgaben des Bundes (einschließlich Instandhaltung) von 4,6 Mrd. S im Voranschlag 1955 auf 3,8 Mrd. S im Voranschlag 1956 fraglich, ob selbst das in der gegebenen Situation bescheidene konjunkturpolitische Ziel eines neutralen, das heißt ausgeglichenen, Gesamthaushaltes erreicht werden kann. Eine antizyklische Finanzpolitik, die in der Hochkonjunktur auf Budgetüberschüsse abzielt und damit Kaufkraft stilllegt, ist unter den gegebenen Bedingungen ohnehin nicht möglich.

Da die Möglichkeiten der Finanzpolitik, die Konjunktur kurzfristig und nachhaltig zu beeinflussen, im Augenblick nicht ausreichen, die Hausestim-

mung nach dem Scheitern der Verhandlungen der Wirtschaftskommission aber rasch wirkende konjunkturendämpfende und preissenkende Maßnahmen erfordert, haben sich die Währungsbehörden entschlossen, die Kreditbremse schärfer zu ziehen. Das Finanzministerium hat am 12. November 1955 das *Kreditabkommen* mit den Banken durch ein Zusatzabkommen ergänzt. In ihm verpflichten sich die Banken, die noch bestehende Krediterteilungsreserve möglichst nicht auszunützen und Überschreitungen des Kreditplafonds kurzfristig rückgängig zu machen. Ferner sollen der Umfang der von den Instituten zugesagten Kredite binnen dreier Monate um 10% gekürzt und überzogene Kredite zurückbezahlt werden. Die im Interesse der Währungsstabilität liegende Kreditrestriktion soll „selektiv“ sein und möglichst auf gesamtwirtschaftliche Belange Rücksicht nehmen. Besonders Konsumkredite sollen durch höhere An-

zahlungen und kürzere Laufzeiten der Kredite eingeschränkt werden. Es ist beabsichtigt, ähnliche Zusatzabkommen auch mit anderen Gruppen von Kreditinstituten abzuschließen.

Die Verschärfung der qualitativen und quantitativen Kreditkontrolle durch das Finanzministerium wurde am 17. November 1955 durch kreditpolitische Maßnahmen der Notenbank ergänzt. Der Generalrat der Nationalbank erhöhte die *Bankrate* von 4,5% auf 5% und verpflichtete die Kreditinstitute, ab 1. Dezember Giro Guthaben bei der Notenbank im Ausmaß von 5% ihrer Spar- und Scheckeinlagen zu halten. Die Verknappung und Verteuerung des Kredites soll die Haussestimung der Bevölkerung dämpfen und die Betriebe veranlassen, Warenlager abzustößen und der Tendenz steigender Preise Einhalt gebieten.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.7

Die Kreditausweitung, die sich im Juli und August im Zusammenhang mit dem Staatsvertragverstarkt hatte, hat sich im September wieder abgeschwächt.

Die kommerziellen Kredite nahmen nur noch um 273 Mill. S zu gegen 563 Mill. S im August dieses Jahres und 494 Mill. S im September des Vorjahres. Davon entfielen 96 Mill. S auf Kredite an ehemalige USIA-Unternehmungen, die damit seit ihrer Übergabe 209 Mill. S neue Kredite bei Kreditinstituten aufgenommen haben. Berücksichtigt man die Kredite für die Ablöse an die Militarbank, dann dürften rund 500 Mill. S der Bundesgarantie, die mit 800 Mill. S begrenzt ist, ausgenutzt sein. Weil nicht für alle Kredite der vorgesehene Höchstsatz von 80% Bundesgarantie gewährt wird, sondern auch niedrigere Sätze vorkommen, dürften noch rund 500 Mill. S bundesgarantierte und reeskontfahige Kredite gegeben werden können.

Die restliche Ausweitung der kommerziellen Kredite war im September zum Teil durch die Finanzierung der Ernte bedingt. Allein von den Spitzeninstituten der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften wurden 99 Mill. S Erntefinanzierungskredite gewährt, gegen 43 Mill. S im Vorjahr. Die höhere Kreditnahme wurde durch die größere Ernte und den verspäteten Drusch des Getreides verursacht.

Die Statistik der kommerziellen Kredite bringt die Verlangsamung der Kreditausweitung nicht voll zum Ausdruck, da auch der Rückgang der Wertpapierkäufe der Kreditinstitute die Kreditexpansion gedämpft hat. Während im 1. Halbjahr noch 1.310 Mill. S Wertpapiere¹⁾ emittiert und zu rund drei Vierteln von Kreditinstituten gekauft wurden, dürfte im 2. Halbjahr nur eine schon früher zugesagte Anleihe der NEWAG von 300 Mill. S und die letzte Tranche der Opernanleihe von 20 Mill. S emittiert werden. Die von der Girozentrale übernommene Anleihe der NEWAG dient zum Teil der Konsolidierung kurzfristiger Schulden, wirkt also nicht voll nachfrageerhohend. Infolge der Emissionsbeschränkungen kamen im September zum ersten Mal seit Jänner auch weniger Pfandbriefe und Kommunalobligationen auf den Markt als im Vorjahr (37 Mill. S gegen 67 Mill. S).

Das Nachlassen der Kreditexpansion ist außerdem eine Folge der passiven Zahlungsbilanz. Mit dem Ende des sommerlichen Fremdenverkehrs war schon

¹⁾ Ohne Pfandbriefe und Kommunalobligationen. Diese werden zu einem großen Teil beim Publikum abgesetzt.

saisonmäßig ein Defizit zu erwarten. Die Veränderung der valutarischen Bestände im September läßt sich wegen der Umstellung des Wochenausweises der Nationalbank vorläufig nicht errechnen. Aus dem EZU-Defizit von 4 Mill. \$ kann jedoch geschlossen werden, daß zumindest kein Überschuß vorhanden war. Das im Oktober ausgewiesene Defizit Österreichs in der EZU von 4.7 Mill. \$ läßt die Zahlungsbilanz gegenüber den westeuropäischen Ländern günstiger erscheinen als sie in Wirklichkeit war, da die Nationalbank bereits vor Saldierung der Clearingsspitzen am Monatsende in größerem Umfang Forderungen in EZU-Währungen durch bilaterale Zahlungen abdeckte. Die gesamten valutarischen Bestände der Nationalbank nahmen um 368 Mill. S ab, während sie im Oktober des Vorjahres noch um 114 Mill. S gewachsen waren. Ausländische Kreditinstitute zogen 27 Mill. S von ihren Girokonten bei der Notenbank ab.

Während bisher vor allem die Abkommen über die Kreditkontrolle die Kreditausweitung begrenzen, wird nun auch die verringerte Rentabilität der Kreditgewährung Bedeutung erlangen²⁾. Die Institute müssen nämlich jetzt immer mehr Wechsel reeskontieren oder den teuren Lombardkredit der Nationalbank beanspruchen, nachdem ihre uberschussigen liquiden Mittel erschöpft sind. Im Oktober nahmen die Kreditinstitute 160 Mill. S Wechselkredite und 133 Mill. S Lombardkredite bei der Nationalbank in Anspruch, vor allem um den Devisenabflu zu finanzieren. Einen Teil der erhaltenen Mittel verwendeten sie zur Erhöhung ihrer Girokonten bei der Notenbank, so daß ihre Liquidität zugenommen haben dürfte. Im September war die erste Liquidität der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute von 14.3% auf 13.6% (1.4% weniger als vorgeschrieben) zurückgegangen.

Der Spielraum für die noch mögliche Kreditausweitung (auf Grund der Kreditabkommen) hat sich weiter verringert, aber nur um 14 Mill. S auf 56 Mill. S, weil die gesamten gewährten Kredite (131 Mill. S) USIA- oder Exportkredite waren, die nicht eingerechnet werden. Bei den landwirtschaftlichen Kreditinstituten nahm die Nettounterschreitung sogar um 88 Mill. S zu, weil die Erntekredite nicht eingerechnet werden. Bei den Sparkassen dürfte der nicht ausgenutzte Spielraum jedoch weiter abgenommen haben. Im III. Quartal erhielten sie 28 Mill. S Einlagen, weiteten aber ihre Kredite um 305 Mill. S aus. Die großen Sparkassen, die an das Kreditabkommen gebunden sind, haben zum Teil

²⁾ Die neuen kreditpolitischen Maßnahmen werden im nächsten Monatsbericht besprochen.

ihren Kreditplafond erreicht, besitzen aber immer noch Liquiditätsüberschüsse. Kleinere Sparkassen sind meist auf Grund ihrer satzungsmäßigen Liquiditätsanfordernisse nicht mehr in der Lage, über die Einkünfte von Spareinlagen hinaus Kredite zu gewähren¹⁾.

Die *Geldmenge* nimmt weiterhin weniger stark zu als im Vorjahr. Im III. Quartal weitete sie sich um 712 Mill. S oder 2,4% aus, gegen 6,3% im III. Quartal 1954. Im September kam der Zuwachs von 23 Mill. S dadurch zustande, daß der Noten- und Münzenumlauf um 69 Mill. S, die Einlagen auf Scheckkonten um 325 Mill. S abnahmen und auf den Girokonten öffentlicher Stellen und ausländischer Kreditinstitute bei der Nationalbank 172 Mill. S und 245 Mill. S eingezahlt wurden.

Die *Spareinlagen* nahmen trotz der Währungsgerüchte weiterhin zu. Nach vorläufigen Zahlen erreichten sie allerdings im August und September nicht den hohen Zuwachs des Vorjahres. Im III. Quartal erhöhte sich der Stand um 478 Mill. S, um 92 Mill. S weniger als im Vorjahr.

Die *Aktienkurse* sind Anfang Oktober, ausgelöst durch die internationalen Kursrückgänge, abgebrockelt. Bis Anfang November konnten sie ihren Stand von Anfang Oktober nicht wieder erreichen. Der Kursindex war Mitte Oktober, als sich die Kurse wieder stabilisiert hatten, um 6,1% höher als Mitte September.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Die Preise entwickeln sich uneinheitlich. Die Auftriebskräfte, die in den letzten Monaten von der in- und ausländischen Hochkonjunktur ausgegangen sind, haben sich im Oktober zum Teil abgeschwächt. Von den Industriewaren wurden nur einzelne, bei denen Rohstoffverteuerungen der vergangenen Monate einkalkuliert wurden, teurer. Die Nahrungsmittelpreise änderten sich im Oktober ebenfalls nur wenig. Da jedoch die Bevölkerung durch die bisherigen Verteuerungen sehr preisempfindlich geworden ist, kommt dem Umstand, daß einige wichtige Nahrungsmittel, wie Rindfleisch, Kalbfleisch, Eier und Kartoffeln beträchtlich teurer sind als zur gleichen Vorjahreszeit und überdies von landwirtschaftlicher Seite eine Erhöhung des Milchpreises angestrebt wird, vor allem psychologisch eine große Bedeutung zu. Der Gewerkschaftsbund hat zunächst die einmalige Zahlung eines Wochenlohnes als Abgeltung der Verteuerungen gefordert. Damit wird die Lohnpolitik, die in den letzten Wochen stark von Aktionen in den

¹⁾ Siehe Dr. *Walter Sadleder*: Langfristige Darlehen unmodern? Österreichische Sparkassenzeitung, 42. Jg., Folge 20.

Betrieben bestimmt war, wieder einheitlich ausgerichtet.

Auf den *Weltmärkten* hat der Preisauftrieb teilweise nachgelassen, da sich die Nachfrage infolge der leichten Abschwächung der internationalen Konjunktur auf vielen Gebieten abwartend verhält. Die Kautschukpreise, die im September den höchsten Stand seit der Koreahaube erreicht hatten, sind in den letzten Wochen stark gefallen; dazu trug auch die Steigerung des Angebotes und die wachsende Konkurrenz durch synthetischen Gummi bei. Der Kupferpreis, der im September seinen absoluten Rekordstand erreicht hatte, ist im Oktober gleichfalls etwas gesunken. Auch auf dem europäischen Holzmarkt haben sich die Preise abgeschwächt, zum Teil infolge der stärkeren Lieferungen aus den Oststaaten. Hingegen hält der Preisauftrieb auf dem westeuropäischen Eisen- und Stahlmarkt an. Ende Oktober haben die Kommerzstahl-Exportpreise den höchsten Stand seit der Koreakonjunktur erreicht. Auch Kohle notiert weiter fest, da insbesondere in Westdeutschland weitere Lohnerhöhungen zu erwarten sind.

Die *Inlandspreise* waren im Oktober verhältnismäßig stabil. Wohl haben die Preise einzelner Nahrungsmittel, wie Speckfilz, Schmalz, einige Fleischsorten sowie Kartoffeln, angezogen. Bei Kartoffeln hat sich offenbar zum Teil nur die saisonmäßige Verteuerung etwas vorverlagert, so daß für die nächste Zeit kein nennenswerter Preisauftrieb mehr zu erwarten ist. Das absolut höhere Niveau gegenüber den Vorjahren — die Verbraucherpreise lagen Mitte Oktober um rund 30% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres — ist allerdings teilweise auch auf die ungünstige Ernte im In- und Auslande zurückzuführen. Die steigenden Fettpreise gehen auf eine Drosselung der Importe zurück, die einem weiteren Preisverfall vorbeugen sollte. Der Preis für Speckfilz ist im Oktober um 10% gestiegen, lag aber noch um 13% niedriger als im Oktober 1954. Die Preise auf den Schlachtviehmärkten blieben trotz Importen auch im Oktober sehr fest, da die ausländischen Preise gleichfalls relativ hoch sind. Es gelang daher nicht, den Schweinepreis, wie beabsichtigt, zwischen 12.50 und 13.50 S je kg Lebendgewicht zu stabilisieren²⁾. Die Preise für Kalb- und Rindfleisch liegen um durchschnittlich 5% und 10% über dem Vorjahresstand; die Schweinefleischpreise halten im wesentlichen auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahre. Die Preise der meisten Gemüsesorten hingegen liegen dank günstiger Witterung beträchtlich unter dem entsprechenden Vorjahresstand.

²⁾ In der zweiten Novemberwoche sind jedoch die Schweinepreise, infolge verstärkter Anlieferungen, stark gefallen.

Einzelne Industrieerzeugnisse wurden noch im Oktober verteuert. So erhöhte die Zündholzindustrie ihre Preise um 28%. Der Preis für eine Schachtel Zündhölzer, der im April dieses Jahres durch Aufhebung der Zündmittelsteuer von 30 Groschen auf 25 Groschen ermäßigt werden konnte, wurde nunmehr auf 32 Groschen hinaufgesetzt. Diese Preiserhöhung wird vom Zündholzkartell mit der schwierigen Exportlage infolge Dumpingmaßnahmen der Oststaaten auf den Absatzmärkten begründet. Auch einzelne Möbelpreise sowie die Preise für Gummisohlen wurden im Oktober erhöht.

Hingegen wurde der Preis für inländisches Kupfer, infolge der Schwäche auf dem Weltmarkte, um 3·5% ermäßigt. Weiters wird ab 14. November der Benzinpreis, der seit der Liberalisierung aus Konkurrenzgründen in zwei Etappen um rund 12% gesenkt worden ist, jedoch noch immer über dem Weltmarktniveau lag, um weitere 60 Groschen (16·2%) herabgesetzt.

Die Preissteigerungen der letzten Monate hatten in Vorarlberg und Oberösterreich die Gründung von Preisbeobachtungsstellen zur Folge. Sie sollen Vorschläge zur Stabilisierung des Preisniveaus bzw. zur Senkung einzelner Preise ausarbeiten. Von gewerkschaftlicher Seite werden entsprechende Institutionen auf Bundesebene angestrebt. Die Gewerkschaften treten überdies dafür ein, daß Zölle und Umsatzsteuern für wichtige Bedarfsgüter gesenkt oder aufgehoben werden.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete *Großhandelspreisindex* ist im Oktober um knapp 1% gesunken. Schweinefleisch notierte im Großhandel um rund 5% niedriger, so daß der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel um 1·5% zurückging. Da der weltmarktbedingte Kautschukpreis um 14·5% sank, ist auch der Teilindex für Industriestoffe um 0·3% gefallen.

Die Steigerung gegenüber Oktober 1954 beträgt 1·6%. Der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel liegt um 2·9% unter, der für Industriestoffe um 7·9% über dem Vorjahresstand.

Der vom Institut berechnete *Lebenshaltungskostenindex* (für eine Arbeiterfamilie mit 2 Kindern in Wien) stieg im Oktober um 0·3%. Der saisonbereinigte Index ist sogar um 2% gesunken, da vor allem die Gemüsepreise nicht wie in dieser Jahreszeit üblich stark anzogen, sondern zurückgingen. Spinat war Mitte Oktober um 24% billiger als im Vormonat und um 34% unter dem Preis von Oktober 1954. Auch Eier und Äpfel verteuerten sich weniger, als saisonmäßig zu erwarten war. Allerdings liegen die Preise dieser Waren um rund 6% höher als im Vor-

jahre. Nur die Kartoffelpreise (+12·5%) erhöhten sich stärker als saisonüblich. Von den übrigen Nahrungsmitteln haben sich Kalbfleisch, Schmalz und Speckfilz verteuert, Speiseöl wurde etwas billiger. Weiters wurde der im Lebenshaltungskostenindex enthaltene Preis für Hausbrandkohle (Mischpreis aus polnischer und westdeutscher Steinkohle) um 0·7% erhöht, da Ruhrkohle etwas teurer wurde. Auch der in der Aufwandsgruppe „Haushaltungsgegenstände“ enthaltene Küchentisch verteuerte sich um knapp 5%.

Der Lebenshaltungskostenindex lag im Oktober um 1% höher als im gleichen Zeitpunkte des Vorjahres. Gegenüber 1953 beträgt die Steigerung zwar 4·2%, doch liegt das Gesamtpreisniveau noch immer knapp unter dem Niveau von 1952, dem Jahr der Stabilisierung. Allerdings hat sich die Preisstruktur seither beträchtlich verändert. Erheblich billiger als 1952 sind Bekleidungsgegenstände, während vor allem verschiedene Tarife, Dienstleistungen (Kinointrittspreise) und Papierwaren stark verteuert wurden (siehe Teilindizes „Verkehrsmittel“ und „Bildung und Unterhaltung“). Die teilweise Überwälzung der Eisen- und Holzpreiserhöhungen auf die Verbraucherpreise steigerte den Teilindex „Haushaltungsgegenstände“, die Verteuerungen für Tabakwaren und Bier, die allerdings durch die Senkung des Weinpreises teilweise kompensiert wurden, erhöhten den Teilindex „Genußmittel“. Der leichte Rückgang des Teilindex „Beheizung und Beleuchtung“ war der Aufhebung der Grundgebühr für Gas und Strom zu verdanken.

Entwicklung der Lebenshaltungskosten seit 1952

	1952	1953	1954	1955
	Ø	X.	X.	X.
Nahrungsmittel	100'0	94'8	98'8	98'4
Genußmittel	100'0	100'9	107'2	103'4
Wohnung	100'0	100'0	100'0	100'0
Beheizung und Beleuchtung	100'0	102'2	98'9	95'4
Bekleidung	100'0	84'6	84'6	84'6
Haushaltsgegenstände	100'0	97'7	101'6	106'5
Reinigung und Körperpflege	100'0	90'9	93'7	98'2
Bildung und Unterhaltung	100'0	111'9	122'4	136'7
Verkehrsmittel	100'0	100'0	104'6	142'2
Insgesamt	100'0	95'1	98'0	99'1

Auf dem *Lohnsektor* hat die Aktivität in den letzten Wochen stark zugenommen und die Preisauftriebstendenzen bei wichtigen Bedarfsgütern hatten verschiedentlich Proteststreiks zur Folge. Der Gewerkschaftsbund hat daher in der Sitzung der Wirtschaftskommission vom 7. November verschiedene Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung vorgeschlagen. Da diese Beratungen aber zunächst unterbrochen wurden, ermächtigte das Präsidium des Gewerkschaftsbundes die Einzel-Gewerkschaften, für jene Berufsgruppen, in denen keine Lohn- oder Gehaltsbewegung im Gange ist, eine einmalige Sonder-

zahlung im Ausmaße eines Wochenlohnes bzw. eines Viertels des Monatsbezuges zu fordern.

Verschiedene Arbeitergruppen (Buchbinder, Bauhilfsgewerbe, Lastfuhrwerksgewerbe, Stein- und Keramik usw.) konnten in letzter Zeit teils auf Bundesebene, teils in einzelnen Bundesländern Lohnerhöhungen um 4 bis 7% erzielen. Die Löhne des technischen Bühnenspersonals der Wiener Privattheater wurden um 12% erhöht. Über verschiedene weitere Forderungen (Gastgewerbe in Wien, Schuhindustrie, Bekleidungsindustrie¹⁾, Textilindustrie, Nahrungsmittelindustrie usw.) wird noch verhandelt.

Der Index der *Arbeiternettotariflöhne* in Wien blieb im Oktober unverändert¹⁾. Seit der Stabilisierung (1952) haben sich die Tariflöhne (unter Berücksichtigung der gesetzlichen Abzüge) um durchschnittlich 10⁴/₁₀% erhöht. Infolge der Entnivellierungsbestrebungen in den beiden letzten Jahren sind die Löhne der Facharbeiter (im Durchschnitt 12⁵/₁₀%) stärker gestiegen als die der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen (rund 9%). Die effektiven Verdienste, die auch die Entwicklung der Arbeitszeit zum Ausdruck bringen, haben sich etwas stärker als die Tariflöhne erhöht.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.10

Dank reichlichen Niederschlägen konnten sich die *Herbstaaten* gut entwickeln. Der Anbau von Weizen wurde weiter ausgedehnt, der von Roggen eingeschränkt. Gebietsweise wurde heuer etwas mehr Raps und Wintergerste gesät. Bis auf Zuckerrüben sind die Feldfrüchte fast überall noch im Oktober geerntet worden. *Wein* brachte zumeist nur halb so hohe Erträge wie im Vorjahr²⁾, der Zuckergehalt der Moste war selbst in den Gunstlagen des Rebbaues nur mittelmäßig. Dagegen wird der Mengenertrag an *Zuckerrüben* nicht viel hinter dem Vorjahr zurückbleiben. Die Zuckerausbeute ist jedoch geringer.

Im September kamen 84.029 t inländisches *Brotgetreide* auf den Markt, fast 15.000 t (21%) mehr als im gleichen Monat 1954 und 1953. Die unterschiedliche Angebotsentwicklung bei Weizen und Roggen zeigt, daß Weizen im Jahre 1955 einen sehr guten, Roggen aber nur einen mittelmäßigen Ertrag brachte. So setzte die Landwirtschaft im September um 35% (im III. Quartal um 23%) größere Weizenmengen als im Vorjahr ab und um 43% (1%) mehr als nach der hohen Getreideernte im Jahre 1953. Die Marktleistung an Roggen dagegen war um 1% kleiner (im III. Quartal um 7% größer) als vor einem und um

¹⁾ Ab 31. Oktober wurde eine 4⁰/₁₀ige Lohnsteigerung der Bekleidungsarbeiter vereinbart, diese erhöht den Tariflohnindex um 0⁵/₁₀%.

²⁾ In der Steiermark gab es um 30% mehr Weinmost als i. J. 1954.

10% (24%) niedriger als vor zwei Jahren. Ein hoher Feuchtigkeitsgehalt des Getreides und der Mangel an Trocknungsanlagen und Lagerraum behinderten den Absatz.

Die *Vorräte* an Weizen bei Mühlen, Handelsfirmen und in den Silos waren Ende September um 12% und an Roggen um 32% größer als im letzten Herbst. Sie reichten im Vorjahr für insgesamt 84, heuer für 98 Tage. Auch die Lager an Handelsfutter waren in diesem Herbst höher — bei ausländischem Futtergetreide um 303%, Kleie und Futtermehl um 7% und Ölkuchen um 67%. Zu größerer Vorratshaltung und verstärkten Futtermittelimporten zwingt vor allem die geringere Kartoffelernte und der gegenwärtig überaus hohe Bestand an Jung- und Mastschweinen. Allein im III. Quartal hat die Landwirtschaft über 130.000 t ausländisches Futtergetreide gekauft, gegen nur 76.503 t im gleichen Quartal 1954. Auch Mühlennachprodukte und Ölkuchen waren stark gefragt, obwohl letztere sich seit Juli durch den Abbau der Preisstützung um 14 bis 22% verteuert haben.

Im III. Quartal stellte die Landwirtschaft um 63% mehr neue *Traktoren* ein als im gleichen Quartal 1954; das Plus gegenüber dem Vorjahr betrug im I. Quartal 111%, im II. Quartal 55%. Während sich sonst die Neueinstellungen an Traktoren im III. Quartal auf gleicher Höhe wie im II. Quartal halten — im Durchschnitt 1950/54 nahmen sie um 1% ab — stiegen sie heuer um 8%. Aus den vorläufigen Angaben über die Landmaschinenproduktion läßt sich schließen, daß das Investitionsvolumen an *Landmaschinen* im III. Quartal um 10 bis 15% über dem Stand von 1954 lag; im I. und II. Quartal 1955 betragen die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr noch 58% und 33%. Die Verlangsamung des Produktionsaufschwunges dürfte nicht nur auf einen Mangel an Eisen und Stahl zurückzuführen sein, sondern auch auf ein Nachlassen der Nachfrage. Landmaschinen sind im Jänner (Februar) 1955 um 4 bis 5% und im Juli abermals um 4 bis 8% teurer geworden. Aber auch ausländische Traktoren wurden im Herbst teurer. Ab November werden sich auch die Preise für ausländische Landmaschinen geringfügig erhöhen.

An *Milch* brachte die Landwirtschaft im September 94.350 t und im Oktober schätzungsweise 100.000 bis 102.000 t auf den Markt; das Angebot im September lag geringfügig unter dem Niveau von 1954 (94.822 t) und 1953 (96.080 t), das im Oktober war dank reichlicher Futtersversorgung etwas höher (99.704 t, 98.407 t). Die Marktleistung im ersten Dreivierteljahr (862.110 t) blieb um 2% hinter der vom

Vorjahr zurück, sie übertraf jedoch die vom Jahre 1953 um 8%. Die Molkereien erzeugten in den ersten neun Monaten 14.997 t Butter und 11.806 t Käse, das sind 9% weniger Butter und 4% mehr Käse als im Jahre 1954 (3% und 8% mehr als im Jahre 1953).

Das Angebot an Schlachtvieh auf dem Wiener Markt nahm auch im Oktober zu. Im Wochendurchschnitt wurden 8% Schweine und 4% Rinder mehr angeliefert als im Monat September; im Vorjahr kamen im Oktober nur 2% Schweine mehr, aber 6% Rinder weniger auf den Markt. Gegenüber Oktober 1954 war die Marktversorgung bei Schweinen um 22% und bei Rindern um 7% günstiger. Nur die Versorgung mit Kalbfleisch — die aber nicht stark ins Gewicht fällt — war weniger gut (–6% gegen September 1955, –12% gegen Oktober 1954). Im Vergleich zu Oktober 1954 lieferte das Inland mehr Schweine (+7%), jedoch weniger Rinder (–9%) und Kälber (–13%).

Die Beschränkungen der Holzausfuhr sind im 2. Halbjahr stark gelockert worden. Zwar wurden die monatlichen Freigaben nicht generell erhöht — sie betragen je 229.000 m³ (im März nur 180.000 m³, im April und Mai je 198.000 m³) — doch sind wiederholt Exkontingente in einer Gesamthöhe von fast 750.000 m³ bewilligt worden. Seit September kann außerdem auf die Kontingente der nächstfolgenden Monate vorgegriffen werden. Laubschnittholz wurde für die Ausfuhr völlig freigegeben. Das Volumen der Holzausfuhr war im ersten Dreivierteljahr um 8% kleiner als im Jahre 1954; nur die Ausfuhr von Laubschnittholz und Brennholz war im Jahre 1955 höher.

Volumen der Holzausfuhr

(Auf Rohholzbasis gerechnet)

Sortiment	Ausbeute %	1. Jänner bis 30. September	
		1954	1955
		1.000 fm	
Nadelschnittholz	65	3.764'3	3.593'9
Kisten und Steigen	65	27'7	18'2
Laubschnittholz	70	65'2	83'1
Bauholz und Schwellen	80	188'7	98'6
Rundholz	100	239'7	117'4
Brennholz (1 rm = 0'6 fm) ..		27'2	47'0
Insgesamt		4.312'8	3.958'2
Index		100'0	91'8

Nach den Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates wurden im III. Quartal um 7% mehr Rundholz verschnitten und um 6% mehr Schnittholz erzeugt als im III. Quartal 1954. Ende September lagerten bei den Sägen (Werks- und Außenlager) um 35% mehr Rundholz und 65% mehr Schnittholz¹⁾ als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Die Ausfuhr von Holz wird im letzten Quartal voraussichtlich stark steigen. Über die Frage, ob der

¹⁾ Lager bei Sägen und Holzhandel.

Holzexport im Jahre 1956 weiterhin beschränkt bleiben oder etwa freigegeben werden soll, konnten sich die verschiedenen Interessentengruppen bisher nicht einigen. Die Preise für Schleifholz sind in Österreich seit Juli gleichgeblieben, die für Säge-Rundholz haben sich weiter geringfügig erhöht.

Entwicklung und Aussichten der Fleischversorgung

Die österreichische Landwirtschaft brachte seit März dieses Jahres erheblich mehr Schweinefleisch auf den Markt als vor einem Jahr. Die Mehrproduktion von Jänner bis Ende August betrug 8%. Weil aber die Marktproduktion an Rindfleisch in der gleichen Zeit um 9% und die an Kalbfleisch um 2% zurückging, lag die gesamte Fleischaufbringung aus dem Inland um 1% unter dem Vorjahresstand.

Marktleistung an Fleisch¹⁾

	Jänner bis Ende August			Insgesamt
	Schweinefleisch	Rindfleisch	Kalbfleisch	
		1.000 t		
1954	70'7	65'4	15'7	151'8
1955	76'1	59'4	15'4	150'9

¹⁾ Fleisch mit Speck und Talg für den Absatz im In- und Ausland. Institutsberechnung nach amtlichen Angaben über Schlachtungen und Schlachtgewichte (Markt- und Schlachtaberichte der Stadt Wien) sowie die Ausfuhr von Schlachtvieh.

Gleichzeitig hat die Nachfrage nach Fleisch dank höherem Realeinkommen und gesteigertem Fremdenverkehr zugenommen. Um Preissteigerungen hintanzuhalten, wurde daher der Export von Fleisch, Fleischwaren und Schlachtvieh stark gedrosselt und die Einfuhr von Schlachtvieh vermehrt. Die Ausfuhr, in Fleisch gerechnet, war in den ersten 8 Monaten um 7.212 t (76%) kleiner, die Einfuhr um 5.174 t (163%) größer als im Vorjahr. Durch die Be-

Ausfuhr von Fleisch¹⁾

	Jänner bis Ende August		1955 in % v. 1954
	1954	1955	
Fleisch und Fleischwaren	3.015	711	23'6
Schlachtvieh (als Fleisch) ²⁾	6.415	1.507	23'5
Insgesamt	9.430	2.218	23'5

¹⁾ Q: Außenhandelsstatistik. — ²⁾ Durchschnittliches Lebendgewicht lt. Markt- und Schlachtabericht der Stadt Wien; 77% Fleischausbeute je Schwein, 50% je Rind.

schränkung der Ausfuhr stand den Verbrauchern heuer um 4% mehr Fleisch aus dem Inland und im ganzen — einschließlich der Importe — um 8% mehr zur Verfügung.

Versorgung mit Schweine-, Rind- und Kalbfleisch¹⁾

	Jänner bis Ende August				Davon Wien	
	1954	1955	1955 in % v. 1954	1954	1955	1955 in % v. 1954
	1.000 t					
Aus Inlands- produktion	142'3	148'3	104'5	52'4	48'7	92'9
Aus Importen	3'2	8'3	263'0	1'5	4'7	317'3
Insgesamt	145'5	157'1	108'0	53'9	53'4	99'1

¹⁾ Q: Schlachtungsstatistik, Außenhandelsstatistik, Markt- und Schlachtabericht der Stadt Wien. Durchschnittliches Lebendgewicht lt. Markt- und Schlachtabericht. 77% Fleischausbeute je Schwein, 50% je Rind, 45 kg Fleisch je Kalb.

Dagegen ist die *statistisch* erfaßte Marktzufuhr von Fleisch nach Wien¹⁾ überraschenderweise gegenüber dem Vorjahr um 1% geringer gewesen.

In Wirklichkeit hat jedoch auch in Wien der Fleischverbrauch zugenommen, wenn auch weniger stark als im Gesamtdurchschnitt. Da sich der Fremdenverkehr vor Abschluß des Staatsvertrages auf die westlichen Bundesländer konzentrierte, stieg dort der Verbrauch sicherlich mehr als in den östlichen Gebieten. Vor allem ist aber zu berücksichtigen, daß einige Wiener Handelsfirmen i. J. 1954 erhebliche Mengen Fleisch und Fleischwaren exportierten, die von Schlachtungen in Wien stammten, so daß sich die für den Konsum in Wien verfügbaren Fleischmengen entsprechend verminderten. Schaltet man diese Exportmengen aus²⁾, so ergibt sich, daß die Fleischversorgung Wiens in diesem Jahr um 3% höher war als i. J. 1954. Die Versorgung Wiens war aber vermutlich noch etwas besser, da der Direkteinkauf von Schlachtvieh und Fleisch in der Umgebung der Stadt seit der Aufhebung des Marktzwanges im Mai 1955 und seit der Rückgliederung der Randgemeinden an Niederösterreich zugenommen hat.

Die Aussichten für die Fleischversorgung sind auf Grund der letzten Schweinezählung günstig. Mit 2·87 Mill. Stück erreichte die *Schweinehaltung* im September ihren größten Umfang seit dem letzten Kriege. Die Gesamtzahl an Schweinen lag nur um 2% unter dem Stand vom September 1939; die Bestände an Ferkeln (- 9%) waren kleiner, an Jungschweinen (+ 9%), Mastschweinen (+ 1%) und trächtigen Sauen (+ 4%) aber größer als im Vergleichsjahr. Gegenüber September 1954 stieg der Schweinebestand um 9%, da es heuer erheblich mehr Jungschweine (+ 14%) und Mastschweine (+ 14%) gab. Die hohen Bestände waren auf Grund der umfangreichen Sauenzulassungen vom Herbst und Winter 1954/55 zu erwarten.

Im Herbst 1955 wurden wieder mehr *trächtige Säue* als im Frühjahr und Sommer gehalten. Zwar verringerte sich der Bestand an Muttertieren von 146.832 im Juni auf 119.398 im September oder um 19%, doch hätte er saisongemäß um 24% abnehmen sollen. Die im März und Juni festgestellte Tendenz zur Einschränkung der Nachzucht hat sich demnach nicht

1) Das Marktamt der Stadt Wien erfaßt die Zufuhren von Schweinen, Rindern und Kälbern auf den Zentralviehmarkt St. Marx (mit Kontumazanlage bzw. Auslandsschlachthof), die unmittelbaren Zufuhren von Fleisch und geschlachteten Tieren in die Großmarkthalle sowie die Außermarktbezüge.

2) Die Fleischmengen, die Wien ausführt, lassen sich nur grob schätzen, da die Exportstatistik nicht angibt, aus welchen Bundesländern die Waren stammen.

weiter fortgesetzt. Vielmehr stieg der saisonbereinigte Index der Sauenzulassungen, der bereits auf 93 (Dezember 1954 = 100) und 90 zurückgegangen war, wieder auf 96.

Bestand an trächtigen Sauen

	1954		März Stück	1955	September
	September	Dezember		Juni	
Effektiv.....	122.473	134.039	150.859	146.832	119.398
Saisonbereinigt .	143.784	145.600	135.689	131.605	140.171
Index.....	99	100	93	90	96

Wohl sind im Juni, Juli und August mit 707.996 Stück um 3% weniger *Ferkel* als in den gleichen Monaten des Vorjahres aufgezogen worden, doch wurden im September wieder so viel Ferkel wie vor einem Jahr gezählt. Das Aufzuchtergebnis — Ferkelzugang je trächtige Sau — war um 1% und 7% günstiger als in den gleichen Perioden 1954 und 1953.

Ferkelzugang

	1951	1952	Juni bis August 1953 Stück	1954	1955
	Insgesamt.....	480.977	658.191	594.882	729.778
Je trächtige Sau ...	3'60	4'58	4'50	4'76	4'82

Die hohen Mastschweine- und Jungschweinebestände lassen auf umfangreiche Schlachtungen in den kommenden Monaten schließen. Mit voraussichtlich 475.000 bis 485.000 Stück im September, Oktober, November und 910.000 bis 930.000 Stück im Dezember, Jänner, Februar werden um rd. 8% mehr Schlachtschweine als in den gleichen Vorjahrsperioden anfallen. Sofern sich der Umfang der Hauschlachtungen — 145.000 Stück in den Herbst-, 550.000 Stück in den Wintermonaten — und die Schlachtgewichte nicht stärker verändern, wird die Zahl der gewerblichen Schlachtungen im Herbst um 30.000 bis 40.000 und im Winter um 55.000 bis 75.000 höher als im Vorjahr sein. Von März bis Ende November 1956 dürften die Schlachtungen wieder den gleichen Umfang wie i. J. 1955 haben.

Anfall von Schlachtschweinen in Österreich¹⁾

	Dezember— Februar ²⁾	März— Mai	Juni— August	September— November
	1.000 Stück			
Schlachtungen insgesamt				
1954	880	477	379	445
1955	849	521	436	475—485
1956	910—930	510—530	420—440	465—485
Gewerbliche Schlachtungen				
1954	318	366	335	301
1955	305	398	386	330—340
1956	360—380	385—405	370—390	320—340

1) Mit Ausfuhr; Prognosen kursiv gedruckt. — 2) Dezember jeweils vom Vorjahr

Derzeit liegen keine Gründe vor, die die Landwirte veranlassen könnten, die Sauenzulassungen

stärker einzuschränken oder auszudehnen. Die Futterversorgung ist trotz dem geringeren Kartoffelertrag ausreichend und die Rentabilität der Schweinemast durch das Abkommen über Interventionskäufe und Schweine-Importe gesichert. Wohl sind die Ferkelpreise seit April gefallen, doch hielt sich der Preisrückgang im Rahmen des normalen Saisonablaufes. Alle Anzeichen deuten auf eine weitgehende Stabilisierung der gegenwärtigen Schweinehaltung. Da auch mit einem gleichbleibenden oder sogar verstärkten Anfall von Schlachtrindern und Kälbern gerechnet werden kann — die Preisverhältnisse begünstigen die Rindermast auf Kosten der Milchviehhaltung —, ist zu erwarten, daß sich die Fleischversorgung, im ganzen gesehen, weiter erhöht.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die Kohlenversorgung funktioniert noch immer im allgemeinen störungsfrei. Wohl sind die Lieferungen aus Westdeutschland in den letzten Monaten (August und September) auf weniger als ein Drittel des Vorjahres zurückgegangen. Bezüge aus den USA konnten aber rechtzeitig Ersatz bieten. Vor allem die Kokerei der Hütte Linz mußte sich um amerikanische Steinkohle bemühen.

Im III. Quartal 1955 rückten die USA erstmals auf den ersten Platz unter den Kohlenlieferanten Österreichs. Während jedoch früher die amerikanische Kohle frei Linz billiger war als Ruhrkohle, ist der derzeitige Einstandspreis infolge der letzten Preiserhöhungen in den USA und der steigenden Kosten für die Seefracht höher. Allerdings werden voraussichtlich auch die europäischen Kohlenpreise, vor allem die der Ruhrkohle, anziehen, falls die Nachfrage nicht nachläßt. Gegenwärtig kann die Preisdifferenz zwischen amerikanischer und westdeutscher Kohle noch durch die Konventionalstrafen ausgeglichen werden, welche die westdeutschen Betriebe an ihre österreichischen Kontrahenten wegen Nichteinhaltung der Lieferverpflichtungen zu zahlen haben.

Der restliche Steinkohlenbedarf wird so wie bisher größtenteils durch Bezüge aus Polen, der Tschechoslowakei und dem Saargebiet gedeckt. Das knappe Importangebot und die steigenden Preise sichern dem heimischen Kohlenbergbau weiterhin Vollbeschäftigung. Nach einer verhältnismäßig flauen Sommersaison — die Appelle an die Verbraucher, sich rechtzeitig für den Winter einzudecken, waren nicht sehr erfolgreich — hat die Förderung im September zugenommen und wird saisongemäß bis Jahresende weiter steigen. Die Vorjahresleistungen werden aller-

dings nur noch geringfügig überboten werden können, weil die Anlagen voll ausgenutzt sind.

Aus Lieferungen des Inlandsbergbaues und aus Importen standen der österreichischen Wirtschaft im September 663.000 t Kohle (SKB) zur Verfügung, das sind etwas mehr als im August, aber um 4% weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Auch im Durchschnitt des III. Quartals war die Gesamtversorgung mit Kohle um 1% geringer als im Vorjahr. Die Minderbezüge entfallen auf die Gaswerke und die Kokerei Linz, während die Industrie ausreichend versorgt wurde und um 8% mehr kaufen konnte.

Die Stromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke war im September mit 735 Mill. kWh saisonbedingt etwas geringer als im August und nur noch um 5% höher als im September 1954. In den Wasserkraftwerken blieb die Erzeugung wegen der ungünstigen Wasserdarbietung etwas unter den Regeljahreswerten, die Dampfkraftwerke mußten annähernd doppelt so viel erzeugen wie im August und etwa gleich viel wie im gleichen Monat des Vorjahres.

Der Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz hat im September saisonüblich zugenommen. Er ist gegenüber dem Vorjahre stärker gestiegen (um 9%) als die Erzeugung. Dafür waren die verhältnismäßig unbedeutende Stromeinfuhr und die -ausfuhr geringer als im Vorjahre.

Im ersten Dreivierteljahr 1955 hat die Stromerzeugung gegenüber dem Vorjahr um 10% zugenommen, wobei die Wasserkraftwerke um 14% mehr und die Dampfkraftwerke um 7% weniger erzeugten. In der gleichen Zeit stieg der inländische Stromverbrauch um 12%, der Export um 7% und der Import um 29%.

Die Erdölförderung war im September mit 306.822 t etwas geringer als im August. Erdgas fiel gleich viel an, nämlich 63 Mill. m³.

Der Absatz von Erdölprodukten, vor allem von Benzin und Dieselöl, liegt auch weiterhin weit über dem des Vorjahres. Im ersten Dreivierteljahr 1955 wurden um 34% mehr Benzin und um 26% mehr Dieseltreibstoff verkauft als zur gleichen Vorjahreszeit. Der Heizölabsatz blieb dagegen, weil das Angebot nicht mehr gesteigert werden konnte, nahezu unverändert.

Die heimischen Erdölprodukte müssen starker ausländischer Konkurrenz standhalten, vor allem Benzin wird immer mehr vom Markt verdrängt. In den letzten Monaten waren die Benzinimporte fast halb so hoch wie der gesamte Inlandsabsatz. Da die Österreichische Mineralölverwaltung ihre Produktion nicht drosseln wollte, mußte sie die Überschüsse der heimischen Benzinproduktion weit unter dem Inlands-

preis an die Sowjetunion verkaufen. Eine Preissenkung um 60 Groschen pro Liter soll den Absatz des österreichischen Benzins heben. Wenn man auf die Dauer ohne Zollerhöhungen – Benzin ist liberalisiert – auskommen will, wird es unvermeidlich sein, die Preisstruktur der Erdölprodukte zu korrigieren. Gegenwärtig ist das inländische Preisniveau gegenüber den Weltmarktpreisen verzerrt.

Die geplanten Preiskorrekturen könnten die österreichischen Erdölprodukte international konkurrenzfähig machen, ohne daß der Gesamtertrag geschmälert wird. Ob er allerdings ausreicht, nicht nur die beabsichtigten Investitionen in der Erdölverarbeitung sondern auch die gesamten Ablöselieferungen (10 Mill. t Rohöl in 10 Jahren) zu decken, ist sehr fraglich.

Industrieproduktion

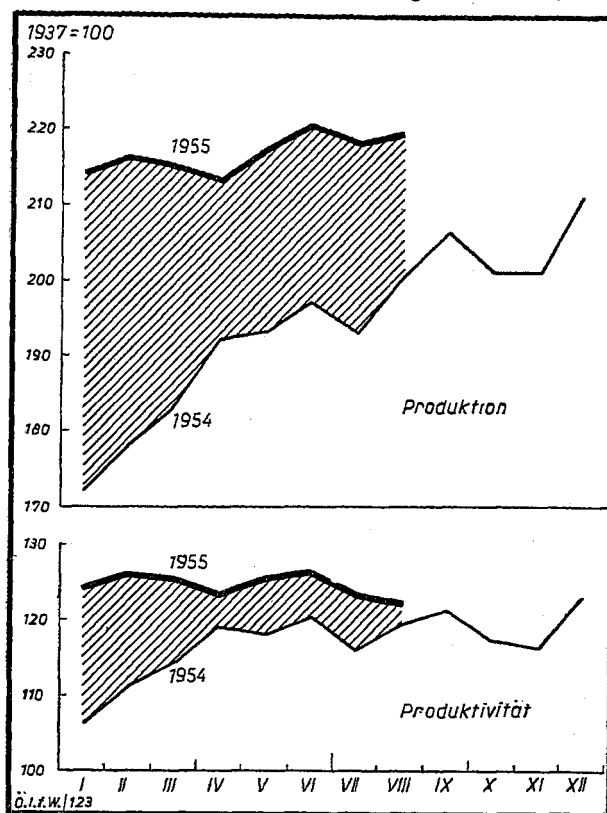
Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Die ansonst sehr lebhafte Herbstsaison der Produktion wird heuer durch Kapazitäts- und Materialengpässe gedämpft. Dies trifft vor allem auf die meisten Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien zu, während die Konsumgüterindustrien durchwegs noch mehr Spielraum haben und der Nachfrage eher folgen können. Im großen und ganzen werden außer der Eisenindustrie vor allem die Maschinen- und Elektroindustrie den Bestellungen nicht nachkommen können und die Lieferfristen verlängern müssen. Bei den meisten übrigen Fertigwaren kann der Saisonbedarf durch höhere Produktion, Lagerbestände oder preisgünstige Importe gedeckt werden.

Die Saisonbewegung kann nicht verbergen, daß auch auf längere Sicht die Expansion der Produktion immer schwächer wird. Der saisonbereinigte Produktionsindex hat von Jahresbeginn bis August nur noch um knapp 2% zugenommen, gegenüber 16% in der gleichen Zeit des Vorjahres, als die Expansion am stärksten war. Der Vorsprung gegenüber dem Vorjahre wird immer geringer. Während die Produktion im I. Quartal noch um 21% höher war als im Vorjahre, betrug der Vorsprung im II. Quartal und im Durchschnitt der Monate Juli und August nur noch 13% und 9%.

Die Produktivität ist seit Jahresbeginn praktisch stabil geblieben; die Beschäftigung ist annähernd gleich stark ausgeweitet worden wie die Produktion. Auch hier verminderte sich der Abstand gegenüber dem Vorjahre rasch, und zwar von 13% im I. Quartal auf 5% im II. Quartal und auf 4% im Durchschnitt der Monate Juli und August. Diese Entwicklung war zu erwarten, sobald die Hochkonjunktur die Produktivitätsreserven ausgeschöpft hatte und all-

Produktion und Produktivität
(Normaler Maßstab; saisonbereinigt, 1937 = 100)



Die Expansion der Produktion hat seit Jahresanfang stark nachgelassen. Der saisonbereinigte Produktionsindex stieg von Jänner bis August nur um 2% gegen 16% im Vorjahre. Auch die Produktivität (Produktion pro Beschäftigten), die im Vorjahre noch stark gestiegen ist, nimmt heuer nicht mehr zu.

mählich bei Arbeitermangel auch minderqualifizierte Arbeitskräfte eingestellt werden mußten. Auch die teilweise Überbeschäftigung, die Stockungen im Materialfluß und andere innerbetriebliche Schwierigkeiten mußten die Produktivität allmählich beeinträchtigen. Schließlich konnte auch die Arbeitszeit entweder aus arbeitsrechtlichen oder aus Kostengründen nicht mehr nennenswert verlängert werden, während im Vorjahre noch etwa ein Viertel des Produktivitätszuwachses durch Überstundenarbeit erreicht wurde.

Die Exportquote der Industrieproduktion (Exporte in Prozenten der Produktion) ist im August nach der vorübergehenden Erhöhung im Juli wieder auf das Niveau der Vormonate gesunken und war sogar etwas geringer als im August 1954. Das Exportvolumen nimmt allerdings noch immer zu und war vor allem in den Sommermonaten, entgegen den Saisonserwartungen, verhältnismäßig hoch.

Außer Walzmaterial sind alle anderen Rohstoffe und Vormaterialien aus der Inlandsproduktion oder aus Importen ausreichend vorhanden. Bisher hat

auch die Eingliederung der ehemaligen USIA-Betriebe in die österreichische Wirtschaft die Rohstoffversorgung nicht beeinträchtigt. Die Rohstoffimporte, die im Vorjahre sprunghaft ausgeweitet wurden und im I. Quartal 1955 den bisherigen Höhepunkt erreichten, haben seither wieder merklich nachgelassen. Offenbar haben die Unternehmungen in der Zwischenzeit ihre Lager dem höheren Bedarf angepaßt. Vorratskäufe größeren Stils sind aber nirgends durchgeführt worden. Auch die Kreditverknappung hat die Bevorratung gedämpft. Im September haben die Importe zwar wieder saisonüblich zugenommen, sie werden aber kaum mehr übersaisonnäßig steigen.

Der saisonbereinigte Produktionsindex hat im August den leichten Julirückschlag wieder aufgeholt. Nach den bisher vorliegenden Teilergebnissen einiger Branchen und den Meldungen des Konjunkturtestes hat die Produktion im September stärker zugenommen. Besonders die Konsumgüterindustrien erwarten ein gutes Herbstgeschäft. Die Produktionssteigerung in der Gesamtindustrie dürfte allerdings kaum sehr stark über die saisonnormale Belegung hinausgehen, auch wenn einzelne Industrien noch stärker expandieren sollten.

Die *Bergbauproduktion* hat sich im September übersaisonnäßig belebt, die Produktionseinbußen der Sommermonate wurden wieder aufgeholt. Die Kohlen- und Erzbergbaue sind voll ausgelastet. Im ersten Dreivierteljahr 1955 lag der Produktionsindex des Bergbaues um 6% über dem des Vorjahres, wobei die Förderung von Braunkohle um 7%, von Eisenerzen um 4%, Blei-Zinkerzen um 8%, Graphit um 7% sowie Kaolin und Talkum um 8% und 3% gestiegen ist.

Auch die *Magnesitindustrie* hat in den letzten Monaten neue Produktionsrekorde erreicht und arbeitet mit voller Kapazität überwiegend für den Export. Die weltweite Eisen- und Stahlkonjunktur sichert ihren Absatz auf absehbare Zeit.

In der *eisenschaffenden* Industrie hält die Produktion seit Jahresanfang auf dem durch die verfügbare Kapazität begrenzten Niveau. Im Vorjahre hatte die Produktion noch zugenommen, weil damals eine Reihe neuer Anlagen erst allmählich ihre volle technische Leistungsfähigkeit erreichte. Inzwischen ist aber die Walzmaterialerzeugung an die durch den Stahlengpaß gezogene Grenze gestoßen und kann trotz vorhandenen Leistungsreserven bei den neuen Walzstraßen vorläufig nicht mehr gesteigert werden. Dies trifft vor allem für Kommerzware zu, wogegen bei Edelstahl — wo die Nachfrage weit weniger stark zugenommen hat — der Bedarf zu tragbaren Lieferfristen gedeckt werden kann.

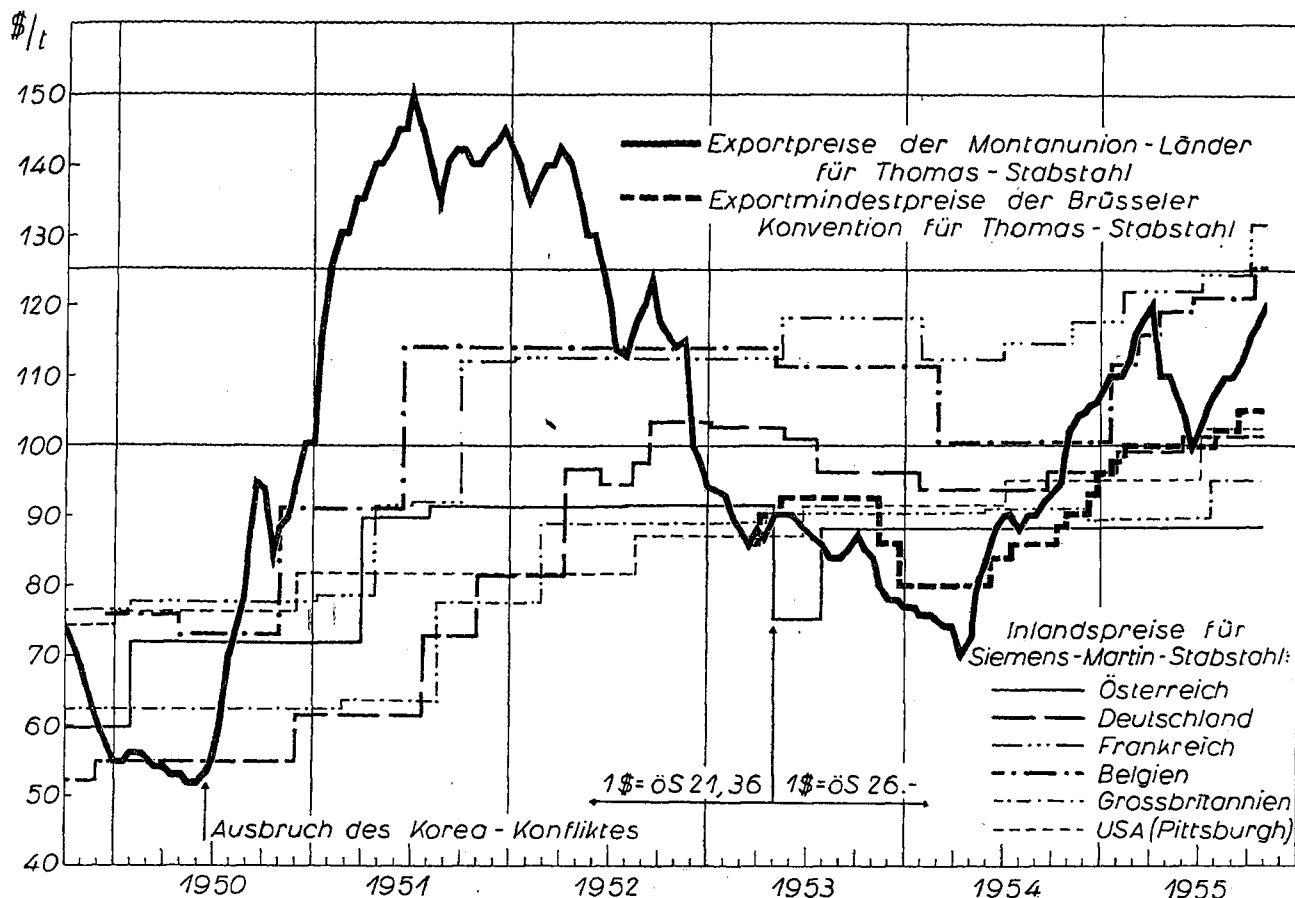
Die Nachfrage nach Kommerzeisen eilt hingegen dem Angebot nach wie vor weit voraus, und die Versorgung, vor allem der eisenverarbeitenden Industrie, ist äußerst gespannt. Die Importe von Kommerzware haben zwar in der letzten Zeit stark zugenommen und waren z. B. im Juli und August fast dreimal so hoch wie im Durchschnitt des Vorjahres. Größenordnungsmäßig spielen sie aber für die Versorgung des heimischen Marktes nur eine untergeordnete Rolle (etwa 5% des Bedarfes). Da die österreichischen Eisenpreise bei weitem die niedrigsten in Europa sind, wird die Bedeutung der Importe kaum mehr sehr stark zunehmen, weil nur wenige Verbraucher die bedeutend höheren Importpreise zahlen können.

Auf dem internationalen Eisen- und Stahlmarkt hält die Hausse unvermindert an. Man beurteilt die Lage nach wie vor günstig und führt das leichte Nachlassen der Bestellungen auf dem gemeinsamen Markt nicht auf einen Rückgang des Bedarfes zurück, sondern nur darauf, daß die Kunden wegen der langen Lieferfristen weniger bestellen. Die Exportnachfrage aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft ist dagegen unverändert hoch. Vor allem England und Nordamerika treten immer stärker auf dem europäischen Markt hervor. Die Exportpreise kommen deshalb noch immer nicht zur Ruhe. Die Brüsseler Exportkonvention der Montan-Union-Länder hat zwar kürzlich verlautbart, daß sie vorläufig bis Jahresende ihre Exportmindestpreise nicht mehr erhöhen wird. Diese Verlautbarung hat aber mehr preispolitischen Charakter und verfolgt offenbar den Zweck, auf die nach wie vor steigenden Preise beruhigend zu wirken. Tatsächlich werden die genannten Exportmindestpreise gegenwärtig stärker überzahlt als jemals zuvor. Die hektische Exportkonjunktur hat das Preisgefüge stark zerrüttet, so daß derzeit im Gegensatz zu früher starke Differenzen in den Preisen gleicher Sorten auftreten, die zumeist durch die Länge der offerierten Lieferfristen bedingt sind. Kurzfristige Lieferungen werden bis 20% über den Listenpreisen verrechnet.

Die *Metallhütten* sind seit dem Sommer des Vorjahres — von saisonbedingten Einschränkungen der Aluminiumerzeugung im Winter abgesehen — voll ausgelastet. Die Erzeugung kann über das jetzige Niveau hinaus vorläufig nicht mehr gesteigert werden. Nur im Winterhalbjahr könnte die Aluminiumindustrie mehr produzieren als bisher, falls sie genug elektrische Energie erhält. Wahrscheinlich wird sie aber heuer kaum besser beliefert werden können als im Vorjahr.

Auch die *Halbzeugbetriebe* der Metallindustrie sind ausgezeichnet beschäftigt, weil die Nachfrage

Export- und Inlandspreise für Stabstahl¹⁾
(Normaler Maßstab; \$ je Tonne)



Die inländischen Eisenpreise sind bisher von der hektischen Konjunktur auf den internationalen Märkten unberührt geblieben. Während alle westeuropäischen Länder seit dem Beginn der Nachfragekrise ihre Inlandspreise zum Teil mehrmals erhöhten, blieben sie in Österreich seit dem Jahre 1953 unverändert. Dadurch ist die Kluft zwischen den österreichischen Inlandspreisen und den Weltmarktnotierungen immer größer geworden. Auch die Exportpreise der Montanunion für Drittländer, die vor dem Beginn der Konjunktur sogar niedriger waren als die Preise in Österreich, haben diese inzwischen weit überflügelt und zeigen weiterhin stark steigende Tendenz. Unter diesen Umständen ist es aussichtslos, den Walzmaterialmangel im Inlande durch Importe überbrücken zu wollen, weil nur wenige Verbraucher die weit höheren Importpreise zahlen können.

¹⁾ Nach Angaben der Eisenholding Ges. m. b. H.

der Verbraucher ständig zunimmt. Während die heimische Kupferproduktion und auch das meiste Importkupfer im Inlande verwalzt wird, werden noch immer fast zwei Drittel des erzeugten Aluminiums als Rohmetall exportiert und nur ein Drittel in verarbeitetem Zustand im Inland oder im Export abgesetzt.

Auch in der Gießereiindustrie hat die Expansion – von Saisonbewegungen abgesehen – praktisch aufgehört. Sie würde zwar noch über freie Kapazitäten verfügen und auch Rohstoffe sind nicht knapp. Sie ist aber sehr stark von der Entwicklung nachgelagerter Branchen abhängig, die aus Walzmaterialmangel nicht mehr produzieren können.

Da im Vorjahre noch ein starker Aufwärtstrend in der Gießereiproduktion vorherrschte, lag der Index in den ersten acht Monaten um 20% über dem Vor-

jahresstand. In den Sommermonaten (Juni, Juli, August) schrumpfte der Vorsprung der arbeitstägigen Produktion auf 8% zusammen.

Dagegen gelingt es der Fahrzeugindustrie immer wieder, ihre Kapazitätsgrenze hinauszuschieben und die Produktion weiter zu steigern. Im August erlitt zwar das Personenwagenassembling, das im Juni und Juli Rekordhöhen (jeweils fast 1.400 Wagen) erreicht hatte, Einbußen. In allen anderen Sparten aber stieg die Erzeugung auf neue Höhepunkte. So wurden z. B. erstmals über 6.000 Stück Motorräder und Roller erzeugt. Auch die 1.267 erzeugten Traktoren sind die höchste und die 504 Lastkraftwagen die zweithöchste bisher erzielte Monatsleistung. Auch die Fahrradindustrie ist gut beschäftigt und erzeugt über 10% mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Von Jänner bis August produzierte die Fahrzeugindustrie um 45% mehr als im Vorjahre. Im Gegensatz zu den meisten anderen Industriezweigen hat die Intensität der Expansion hier noch kaum nachgelassen. Auch in den Sommermonaten, von Juni bis August, lag ihr Index noch um 39% über dem der gleichen Vorjahreszeit.

Sprunghaft entwickelt sich auch die Erzeugung von Mopeds (Motorfahrrädern), seit außer den bisherigen Erzeugern auch die Puch-Werke die Produktion aufgenommen haben. Zu Jahresanfang wurden noch nicht 2.000 Stück pro Monat erzeugt, im August schon fast 7.000 Stück.

Die Einfuhr von Personenkraftwagen ist zum Herbstbeginn, wie erwartet, etwas zurückgegangen. Da die Neuzulassungen fabrikneuer Fahrzeuge viel weniger abgenommen haben als die Einfuhr, dürfte vor allem der Import von Gebrauchtwagen eingeschränkt worden sein. Die Händlerlager an alten Fahrzeugen sind zumeist stark überfüllt, weil der Zugang seit Jahresbeginn größer war als der Absatz. Insgesamt wurden im August und September 7.464 Personenkraftwagen zum Verkehr zugelassen, das sind um 108% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Allgemein weniger beachtet sind die seit Kriegsende sehr bedeutenden Fortschritte der *Autozubehörindustrie*. Vor dem Kriege war diese Sparte bedeutungslos, während sie derzeit über 6.000 Arbeitskräfte beschäftigt. Den Keim zu diesem Aufschwung legte die Absperrung vom Ausland in den ersten Nachkriegsjahren, als aus Not eine größere inländische Erzeugung improvisiert werden mußte. Es entstanden zum Teil durchaus leistungsfähige Betriebe, die nach der Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nur weiter bestehen konnten, sondern auch auf dem Weltmarkt Fuß faßten. So z. B. wurde die Erzeugung von Dieseleinspritzpumpen aufgenommen, die heute international anerkannt und konkurrenzfähig ist. Auch mit Elektrozubehör und anderen Ausrüstungsstücken können heimische Firmen auf dem Weltmarkt konkurrieren.

Die Nachfrage nach *Maschinen* ist durchwegs höher als im Vorjahre. Die einzelnen Sparten sind aber durch den Walzmaterial- und zum Teil auch Arbeitskräftemangel verschieden stark beeinträchtigt. Während einzelne Betriebe ihre Erzeugung noch immer ausweiten und der Nachfrage folgen können, müssen andere trotz hohen Bestellungen drosseln und die Lieferfristen verlängern. Insgesamt blieb die Produktion seit Jahresanfang, von Schwankungen in der Urlaubszeit abgesehen, annähernd stabil, während auf der Nachfrageseite der Steigerungstrend noch anhält. Von Jänner bis Juli produzierte die Maschi-

nenindustrie um 19%, im Juli und August aber nur um 10% und 3% mehr als im Vorjahre. Auch in der Herbstsaison, die erfahrungsgemäß sehr stark ausgeprägt ist, wird die Produktion kaum sehr viel über die des Vorjahres steigen können. Vor allem die Betriebe, die Maschinen für Investitionszwecke erzeugen, werden einen Teil ihrer Aufträge, die wegen der Bestimmungen des Exportförderungsgesetzes bis Jahresende terminisiert sind, nicht restlos erfüllen können. Hingegen kann die Nachfrage nach Haushaltsmaschinen voll befriedigt werden. Auf diesem Sektor ist nicht nur die heimische Produktion noch steigerungsfähig, sondern auch der Import von konkurrenzfähigen Waren möglich. So z. B. wird gegenwärtig etwa ein Drittel des Bedarfes an Nähmaschinen importiert. Die heimischen Betriebe sind zwar seit dem Herbst des Vorjahres gut beschäftigt, können aber noch immer kurzfristig liefern und haben noch Kapazitäten frei.

Auch bei Waschmaschinen ist die ausländische Konkurrenz sehr stark. Die meisten österreichischen Betriebe waren zur Zeit der Liberalisierung noch im Entwicklungsstadium und können sich nun gegenüber der Konkurrenz aus dem Auslande nur sehr schwer behaupten. Vor allem gelingt es ihnen nicht, die für Kostensenkungen notwendigen größeren Serien aufzulegen.

In der *Elektroindustrie* war der übliche starke Saisonrückschlag der Sommermonate heuer schwächer als sonst. Die Produktion blieb bis August beträchtlich über der des Vorjahres. Im Durchschnitt der ersten acht Monate 1955 war sie um 20% höher, im Durchschnitt der Monate Juli und August um 27%. Die konsumorientierten Sparten werden kaum Schwierigkeiten haben, der zu erwartenden starken Nachfrage im Herbst zu entsprechen, während die Schwerelektroindustrie schon jetzt stark ausgelastet ist, weil sie die Erzeugung im Sommer nur wenig drosselte.

Die *Baustoffindustrie* verzeichnet heuer trotz der Beeinträchtigung der keramischen Industrie durch das Wetter eine Rekordsaison. Von Jänner bis August produzierte sie insgesamt um 17% mehr als im Vorjahre, und zwar um 14% mehr Mauerziegel, 19% mehr Zement, 11% mehr Kalk und 20% mehr Leichtbauplatten. Die wichtigen Sparten der Baustoffindustrie waren bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt und konnten die Nachfrage trotzdem nicht ganz decken. Die Lieferfristen waren die längsten, die jemals erreicht wurden. Sie haben auch im Herbst nur wenig nachgelassen, so daß viele Betriebe beträchtliche Auftragsüberhänge in das nächste Jahr übernehmen werden. Auch Lager-

bestände für die Frühjahrssaison können von den Betrieben heuer kaum angelegt werden. Vielfach sind auch schon Bestellungen für 1956 aufgegeben worden, so daß der Baustoffmarkt auch zu Beginn der nächsten Saison sehr angespannt sein wird.

Heuer haben sich die Kürzungen der öffentlichen Investitionen nicht mehr ausgewirkt. Da im nächsten Jahr in erster Linie die öffentlichen Ausgaben für den Wohnungsbau gekürzt werden, wird vor allem die Nachfrage nach Baumaterialien des Hochbausektors (Ziegel, Kalk, Bauplatten usw.) etwas nachlassen, falls die Kürzungen nicht durch Ausweitung der privaten Bautätigkeit kompensiert werden.

Während die Zementindustrie ihre hohe Produktion noch bis gegen Jahresende aufrechterhalten und sie dann wie üblich auf kurze Zeit zwecks Überholung der Öfen drosseln wird, muß die Ziegelindustrie die Erzeugung schon im letzten Quartal stark einschränken. Trotz guter Konjunktur haben die wenigsten Betriebe neue künstliche Trocknereien errichtet oder bestehende erweitert, weil sie einen Rückschlag der Nachfrage befürchten. Künstliche Trocknereien sind kostspielig und arbeiten auch mit höheren Kosten als die Freilufttrocknung. Die Betriebe bemühen sich daher lieber, während der Saison genügend Rohware zu trocknen, um den Ofenbetrieb auch im Winter möglichst lange aufrechterhalten zu können. Wegen des ungünstigen Trockenwetters konnte dieses Vorhaben von den meisten Betrieben heuer nicht voll durchgeführt werden, so daß die meisten Öfen heuer früher als sonst stillgelegt werden müssen. Auch für den Start im Frühjahr wird meist nicht genug Rohware übrigbleiben, so daß die Fertigwarenproduktion verspätet beginnen wird.

Derzeit wird die Kapazität der feinkeramischen Industrie durch den Neubau eines Ofens, der bis Jahresende fertig werden soll, um etwa 50% erweitert. Der Engpaß an Sanitärkeramik dürfte damit behoben werden. Außerdem hofft man, auch Exporte durchführen zu können und noch vor Aufhören der internationalen Baukonjunktur auf den internationalen Märkten Fuß zu fassen. Wegen des Mangels auf dem Inlandsmarkt waren Exporte bisher nur in ganz geringem Umfange möglich, obwohl die österreichische Ware durchaus konkurrenzfähig ist.

In der *chemischen* Industrie hält sich die Produktion weiter beträchtlich über dem Vorjahresniveau. In den Monaten Juli und August ging der Produktionsindex zwar wie üblich — viele Betriebe halten geschlossene Betriebsurlaube — zurück, blieb aber um 16% und 15% über dem des Vorjahres. Von Jänner bis August produzierte die chemische Industrie um 14% mehr.

Die Expansion der chemischen Produktion wird durch die Indexzahlen unterschätzt, weil in dieser Sparte, mehr als in allen anderen, immer wieder neue Produktionszweige aufgenommen werden, die statistisch nicht gleich erfaßt werden. Vor allem auf dem Kunststoffsektor entwickelt sich das Produktionsprogramm sehr rasch. Ein großer Teil des ständig wachsenden Bedarfes an Kunststoffen und Kunststoffwaren wird bereits durch inländische Erzeugnisse gedeckt, die zum Teil sogar im Export Fuß fassen konnten. Unter anderem wurden z. B. Kunststoffrohre erzeugt, die gegenüber den liberalisierten Importen durchaus konkurrenzfähig sind und sogar exportiert werden. Diese Rohre haben gewisse Vorteile gegenüber Eisenrohren. Ihre Verbreitung wird allerdings durch den Mangel an geschulten Fachkräften für die Verlegung gehemmt.

Die *Papierindustrie* ist unverändert vollbeschäftigt. Die Produktion hat seit Anfang des Jahres nur noch wenig zugenommen, weil die Kapazitäten seit Ende des vorigen Jahres voll ausgenützt sind und durch rationellere Ausnutzung der vorhandenen Anlagen nur geringe Produktionssteigerungen möglich sind.

In der *Leder- und Schuhindustrie* hat die Produktion im August nach dem urlaubsbedingten Abfall im Juli wie erwartet wieder stark zugenommen. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes erwarten besonders die lederverarbeitende und die Schuhindustrie ein gutes Herbstgeschäft.

Auch in der *Textilindustrie* ist die Saison bisher befriedigend angelaufen. Der Produktionsindex, der im Juli erstmals unter den Vorjahresstand gesunken war, stieg wieder kräftig und holte das verlorene Terrain auf. Die heimische Industrie hat nach wie vor mit der schweren ausländischen Konkurrenz zu kämpfen, die trotz zum Teil beträchtlichem Zollschatz ihren Marktanteil immer mehr ausdehnt. Da außerdem auch die inländischen Firmen untereinander konkurrieren, ist das Preisniveau für Textilien bisher im großen und ganzen stabil geblieben, obwohl Löhne und Rohstoffpreise stiegen. Die Stabilität der Textilpreise wurde durch die Vorteile der laufenden großen Investitionen ermöglicht. Das Schwergewicht der Investitionen liegt bei Rationalisierung und Mechanisierung der Produktion, während die Kapazität nur selten erweitert wird. In erster Linie werden laufend alte Webstühle durch vollautomatische ersetzt.

Die *Nahrungs- und Genussmittelindustrie* produzierte bisher nur wenig mehr als im Vorjahre. Die Herbst- und Weihnachtssaison verspricht aber gut anzulaufen, so daß die davon abhängigen Sparten ihre

Erzeugung bald kräftig steigern werden. Da genügend Kapazität und Rohstoffe vorhanden sind, könnte auch eine extrem hohe Nachfrage noch bewältigt werden.

Der Absatz an Getränken blieb heuer wegen des ungünstigen Sommer- und Herbstwetters hinter den Erwartungen zurück. Die Zuckerindustrie, die im Oktober in allen Betrieben mit der Kampagne begonnen hat, glaubt nicht, daß sie die Rekordproduktion vom Vorjahre heuer wieder erreichen wird, weil der Mengenertrag an Zuckerrüben trotz größerer Anbaufläche heuer höchstens gleich groß, der Zuckergehalt der Rüben aber etwas geringer sein wird als im Vorjahr.

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3.

Nach der außergewöhnlichen Belegung im August ließ die Nachfrage im September wieder nach. Die Umsätze des Einzelhandels nahmen von August auf September nur um 1% zu, während sie sich in den Jahren 1951 bis 1953 um durchschnittlich 6% erhöht hatten. Nur im Vorjahr, als das schöne Wetter den Absatz von Bekleidungsgegenständen stark hemmte, stiegen die Umsätze im September auch bloß um 1%. Aus diesem Grunde waren die Mengenumsätze ebenso wie im August um 14% höher als im Vorjahr. Dagegen wurde z. B. das Umsatzvolumen von 1952 im August um 35%, im September aber nur noch um 27% überschritten.

Für die relative Abschwächung der Nachfrage im September können mehrere Gründe angeführt werden: Der Einkommenszuwachs war heuer im September geringer als in anderen Jahren, da die Beschäftigung weniger als sonst zunahm. Die Währungsgerüchte, die im August hauptsächlich für die rege Kaufstätigkeit verantwortlich waren, haben sich im September merklich beruhigt. Schließlich hat auch das günstige Wetter im September vor allem die Käufe von Herbst- und Winterbekleidung beeinträchtigt.

Die Lagerdispositionen des Einzelhandels paßten sich rasch dem schwächeren Geschäftsgang an. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes nahmen zwar die Wareneingänge durchwegs stärker zu als die Umsätze, jedoch meist weniger, als saisongemäß zu erwarten war. Auch die Warenbestellungen sind z. T. (insbesondere bei Oberbekleidung und Meterware) weniger gestiegen als im Vorjahr.

Trotz der schwächeren Nachfrage im September hat sich im III. Quartal der Konjunkturaufschwung des Einzelhandels, zum Unterschied von den übrigen Wirtschaftszweigen, noch verstärkt. Die Gesamt-

Mengenumsätze des Einzelhandels¹⁾

Branche	1955 gegen 1953			1955 gegen 1954		
	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal
	Veränderungen in %					
Lebensmittel	+22'0	+25'8	+24'1	+ 9'4	+10'0	+ 7'3
Tabakwaren	- 5'7	- 3'1	+ 0'7	+16'9	+ 5'6	+ 9'3
Textilien	+11'8	+15'7	+21'7	+ 6'3	+ 5'0	+21'3
Schuhe	+ 8'8	+23'5	+12'0	+ 5'4	+13'4	+12'3
Möbel- und Wohnbedarf ...	+20'9	+34'2	+32'2	+ 8'3	+ 7'5	+18'5
Sonstiges	+19'6	+34'9	+31'3	+ 9'9	+17'4	+22'4
Insgesamt ...	+14'7	+20'4	+20'4	+ 9'6	+ 9'3	+12'2

¹⁾ Schätzung, berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen mit dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit einigen Adaptierungen).

umsätze waren im III. Quartal wert- und mengenmäßig um 12% höher als im Vorjahr, während sie im I. Halbjahr nur um 10% (wertmäßig) bzw. 9% (mengenmäßig) darüber lagen. Einkommenssteigerungen und Währungsgerüchte erhöhten vor allem das Umsatzvolumen von Möbeln und Wohnbedarf (+18%), Textilien und Bekleidung (+19%) und in der Gruppe „Sonstiges“ (+22%); dagegen waren die Mengenumsätze von Lebens- und Genußmitteln nur um 8% höher als im Vorjahr (im I. Halbjahr um 10%). Die verstärkte Nachfrage konnte weitgehend aus Vorräten gedeckt werden, so daß die Konsumgüterproduktion, im Gegensatz zum I. Halbjahr, weniger stieg als die Umsätze: im ersten Halbjahr wurden um 11%, im Juli und August aber nur um 5% mehr Konsumgüter erzeugt als im Vorjahr.

Die einzelnen Betriebsformen und Branchenschnitten im September sehr unterschiedlich ab. In den Warenhäusern, die im August von der Nachfragebelegung besonders stark profitierten, nahmen die Umsätze um 17% ab, während sie im Durchschnitt der Jahre 1951 bis 1953 um 12% gestiegen waren. Selbst im September 1954 sind die Umsätze nur um 11% gefallen. Die Umsätze des Vorjahres wurden um 19% überschritten, gegen 24% im Durchschnitt der Monate Juli und August. Auch der Geschäftsgang der Konsumgenossenschaften hat nicht ganz befriedigt. Gewöhnlich erhöhten sich die Umsätze im September um etwa 1%, heuer dagegen sind sie um 4% gefallen. Dennoch wurden die Umsätze des Vorjahres um 15% überschritten, gegen durchschnittlich 13% im Juli und August.

Der Absatz von Möbeln, Teppichen, Gardinen, der im August besonders lebhaft war, blieb im September weit hinter den Saisonerwartungen zurück. Die Umsätze nahmen nur um 10% zu, gegen durchschnittlich 18% in den vergangenen vier Jahren. Trotzdem waren sie wertmäßig um 22% und mengenmäßig um etwa 18% höher als im Vorjahr (im August aber um 30% bzw. 26%). Da jedoch die Lager des Handels ziemlich knapp waren, haben Wareneingänge und Warenbestellungen nach den Ergebnissen des

Konjunkturtestes stärker zugenommen als im Vorjahr. Die Möbelerzeuger sind daher weiter sehr gut beschäftigt und die Lieferfristen haben sich z. T. noch erhöht (bis sechs Monate), zumal da auch die Einrichtung der von den Besatzungsmächten freigegebenen Hotels laufend größere Aufträge bringt. Demgegenüber haben die Käufe von *Hausrat, Glas, Porzellan* zwar weniger zugenommen als im Vorjahr (+ 7% gegen + 17%), aber mehr als im September der Jahre 1951 bis 1953 (durchschnittlich 3%). Die Umsätze des Vorjahres wurden wertmäßig um 23% und mengenmäßig um etwa 19% übertroffen, im Juli und August aber um durchschnittlich 28% bzw. 23%.

Auch die Umsätze von Textilien und Bekleidung haben sich weniger als saisongemäß belebt. *Textilien* wurden nur um 11% mehr verkauft als im August, in den Jahren 1951 bis 1953 aber um durchschnittlich 31% mehr. Da jedoch der Geschäftsgang im September 1954 noch schwächer war, wurden die Umsätze des Vorjahres wert- und mengenmäßig um 26% übertroffen, gegen durchschnittlich nur 19% im Juli und August. Von August auf September ist der Absatz von Meterware überdurchschnittlich gestiegen, während der von Wäsche, Wirk- und Strickwaren abgenommen hat. Auch der Umsatzzuwachs gegenüber dem Vorjahr war bei Wäsche, Wirk- und Strickwaren schwächer als bei den übrigen Warengruppen. Die Verkäufe von *Schuhen* nahmen um 20% zu (in den vergangenen vier Jahren um durchschnittlich 26%) und waren wert- und mengenmäßig um 12% höher als im Vorjahr (im Juli und August um 13%).

Die unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Branchen schnitten ebenfalls relativ schlecht ab. Die Umsätze nahmen im Durchschnitt um 13% ab, während sie im Vorjahr nur um 7% gesunken und in den früheren Jahren um durchschnittlich 4% gestiegen waren. *Parfumerie- und Drogeriewaren* wurden um 4%, *Lederwaren* um 7%, *Photoartikel* um 19%, *Spielwaren* um 7% weniger verkauft als im August. Selbst die Umsätze von *Papierwaren*, die zu Schulbeginn gewöhnlich um etwa ein Drittel zunehmen, erhöhten sich heuer nur um 3%. Der Handel mit *Uhren und Schmuckwaren* profitierte in Wien von der Eröffnung des Burgtheaters und der Oper und konnte die Umsätze im Durchschnitt um 35% erhöhen (im ganzen Bundesgebiet nur um 5%). Die Mengenumsätze des Vorjahres wurden in allen diesen Branchen um durchschnittlich 17% übertroffen, im Juli und August aber um 25%.

Nur der Geschäftsgang des *Lebensmitteleinzelhandels*, der im August relativ schwach war, übertraf die Saisonerwartungen. Die Umsätze nahmen um 1% zu, im Durchschnitt der letzten vier Jahre sind sie um

2% gesunken. Das Umsatzvolumen des Vorjahres wurde um 11% übertroffen, gegen durchschnittlich nur 6% im Juli und August. Der Verkauf von *Tabakwaren*, der im August von der Schließung der USIA-Läden stark profitierte, nahm im September saisongemäß um 8% ab (in den letzten vier Jahren um durchschnittlich 7%). Er war damit um 11% höher als im Vorjahr und mengenmäßig um 2% höher als im September 1953.

Der übersaisonnmäßig lebhafte Geschäftsgang des Einzelhandels im August wirkte sich auch auf die *Umsatzsteuereingänge* im September aus. Das Bruttoaufkommen an Umsatzsteuer (einschließlich Rückvergütung) nahm im September um 6% auf 589 Mill. S zu, während es in den beiden vorangegangenen Jahren nur um durchschnittlich 3% gestiegen war. Da die Rückvergütungen für Ausfuhrlieferungen von 58 Mill. S auf 56 Mill. S gesunken sind, erhöhte sich der Nettoertrag sogar um 7% gegen nur 4% im Durchschnitt der Jahre 1953 und 1954. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr war mit 18% (brutto) bzw. 23% (netto) ebenso wie in den Vormonaten bedeutend höher als der der Einzelhandelsumsätze im August (+ 14%).

An *Verbrauchssteuern* gingen im September 240 Mill. S ein, um 10% mehr als im Vormonat und um 14% mehr als im Vorjahr. In früheren Jahren sind die Verbrauchssteuereinnahmen von August auf September um durchschnittlich 3% gesunken. Vor allem ist der Ertrag der Mineralöl- (+ 14%) und der Tabaksteuer (+ 8%) gestiegen, während die Biersteuer nur um 5% und die Weinsteuer um 2% mehr einbrachte als im August. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr entfällt vor allem auf die Mineralöl- (+ 20%), die Tabak- (+ 19%) und die Weinsteuer ohne Verbrauchsabgabe (+ 38%). Die Biersteuer brachte dagegen nur um 4% mehr ein. Dadurch wurden die Ausfälle der neun aufgehobenen Verbrauchssteuern überkompensiert.

Die Zunahme der Masseneinkommen und der Rückgang bzw. Wegfall der Versorgung mit USIA-Zucker haben den legalen *Zuckerabsatz* seit Mitte des vergangenen Jahres kräftig erhöht. Im Wirtschaftsjahr 1954/55 (1. Juli 1954 bis 30. Juni 1955) wurden insgesamt 201.300 t Zucker abgesetzt, um 10% mehr als im Vorjahr und um 28% mehr als im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre. Vom Mehrverbrauch gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 18.200 t entfielen 11.400 t auf Konsumenten und Kleingewerbe, 4.100 t auf die Weinbauern, 2.600 t auf die verarbeitenden Betriebe und 100 t auf die Imker. Die Prämien blieben mit 6.000 t unverändert.

Der um 8% höhere Absatz bei Konsumenten und Kleingewerbe ist z. T. auf die Verlagerung der Käufe vom illegalen auf den legalen Markt zurückzuführen. Der effektive Verbrauch ist vermutlich weniger gestiegen. Für die Weinaufzuckerung wurde mehr als dreimal so viel Zucker benötigt wie im Vorjahr, da die Ernte sehr reich und von minderwertiger Qualität war. Überdurchschnittlich stark (+ 11%) ist auch der Bedarf der verarbeitenden Betriebe gestiegen, weil sich mit wachsendem Einkommen vor allem die Nachfrage nach Süßwaren erhöhte. Die Süßwarenindustrie erzeugte im Wirtschaftsjahr 1954/55 um 2.833 t oder 8% mehr als im Vorjahr; der Zuwachs entfällt vor allem auf Dauerbackwaren (+ 1.383 t) und Zuckerwaren (+ 1.221 t), während die Erzeugung von Schokoladewaren nur um 229 t stieg. Gleichzeitig ist der Ausfuhrüberschuß an diesen Waren von 999 t auf 886 t gefallen, so daß der Verbrauch industriell erzeugter Süßwaren von 33.272 t im Wirtschaftsjahr 1953/54 auf 36.218 t im Wirtschaftsjahr 1954/55 (+ 9%) gestiegen ist.

Entwicklung und Struktur des Zuckerabsatzes¹⁾

Bedarfssträger	1951/52 ²⁾	1952/53 ²⁾	1953/54 ²⁾	1954/55 ²⁾	1954/55 in % v. 1953/54
Konsumenten.....	133'2	140'1 ³⁾	149'5 ³⁾	160'9 ³⁾	107'6
Prämien.....	10'4	5'1	6'0	6'0	100'0
Verarbeitende Betriebe.....	42'1	25'0 ⁴⁾	23'3 ⁴⁾	25'9 ⁴⁾	111'2
Weinbauern und Imker.....	3'7	3'5	4'3	8'5	197'7
Insgesamt.....	189'4	173'7	183'1	201'3	109'9
Ø 1934/37=100'0.....	120'3	110'4	116'3	127'9	—

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung. — ²⁾ Wirtschaftsjahre vom 1. Juli bis 30. Juni. — ³⁾ Einschließlich kleingewerbliche Betriebe, die Mengen bis 10 t abnehmen. — ⁴⁾ Ohne Kleingewerbe.

Seit Juni ist der legale Zuckerabsatz noch weiter gestiegen. Dank der Schließung der USIA-Läden, der Verbilligungsaktion vom August und der allgemeinen Nachfragesteigerung, nicht zuletzt auch als Folge der ab April um 4% ermäßigten Zuckerpreise, wurden nach vorläufigen Berechnungen von Juli bis September rd. 74.000 t Zucker abgesetzt, um 12.700 t oder 21% mehr als im Vorjahr. Die befürchteten Absatzschwierigkeiten, die noch vor einigen Monaten durch Exporte behoben werden sollten (tatsächlich wurden nur 840 t exportiert¹⁾), sind nicht eingetreten. Im Gegenteil, im Oktober entstanden bereits Versorgungsschwierigkeiten. Mit den am 1. Oktober vorhandenen Vorräten von rund 25.000 t konnte zwar der Anschluß an die neue Kampagne leicht gefunden werden, es konnte jedoch nicht allen Sortenwünschen entsprochen werden, da der Vorrat zu einem größeren Teil aus Würfelzucker bestand, als der Nachfragestruktur entsprach.

¹⁾ Siehe Monatsberichte Nr. 6, Jg. 1955, S. 215.

Im neuen Zuckerwirtschaftsjahr (1. November 1955 bis 31. Oktober 1956) werden wieder größere Importe notwendig sein. Der Zuckerbedarf dürfte sich nach dem Ausfall der Versorgung durch die USIA auf mindestens 220.000 t erhöhen. Selbst wenn die inländische Produktion, deren Ergebnis zur Zeit noch nicht abgeschätzt werden kann, die Rekordhöhe des Vorjahres (190.000 t) erreichen sollte, müßten noch 30.000 t eingeführt werden. 10.000 t Rohzucker aus Kuba sind bereits handelsvertraglich gesichert.

Die schon seit einigen Jahren festgestellte Verlagerung des Verbrauchs von Importschmalz auf pflanzliche Fette hält immer noch an. Im I. Halbjahr 1955 wurden um 9% mehr Pflanzenfette (vor allem Kokospisefett, Margarineschmalz und Speiseöl) verbraucht als im Vorjahr, aber um 12% weniger Importschmalz. Im III. Quartal 1955 lag der Konsum von Pflanzenfetten bereits um 29% über, der von Importschmalz um 3% unter dem Vorjahr. Von dem um 17% höheren Gesamtverbrauch dieser beiden Fettarten entfielen daher im III. Quartal 68% auf Pflanzenfette gegen nur 62% vor einem Jahr. Besonders stark erhöhte sich der Konsum von Kokospisefett, Speiseöl und Kunstpisefett, die sich für die Substitution von Schmalz gut eignen, während Milchkargarine nur um 4% mehr und Tafelmargarine um 5% weniger verbraucht wurden als im Vorjahr.

Absatz von Fett¹⁾

Fettart	1954		1955		1955 in % von 1954	
	1. Halb- jahr	III. Quartal in Tonnen	1. Halb- jahr	III. Quartal	1. Halb- jahr	III.
Tafelmargarine ²⁾ ...	1.389	715	1.288	676	92'7	94'5
Milchkargarine ²⁾ ...	5.647	3.141	5.995	3.271	106'2	104'1
Margarineschmalz...	572	372	715	348	125'0	93'5
Speiseöl.....	7.979	2.482	8.984	4.159	112'6	167'6
Kunstpisefett.....	403	165	330	255	81'9	154'5
Kokospisefett....	587	250	787	434	134'1	173'6
Andere ³⁾	399	164	447	285	112'0	173'8
Pflanzenfette insgesamt ²⁾ ...	16.976	7.289	18.546	9.428	109'2	129'3
Importschmalz....	9.327	4.550	8.187	4.422	87'8	97'2
Butter ⁴⁾	9.096	5.687	10.019	6.205	110'1	109'1

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung. — ²⁾ Reinfett. — ³⁾ Einschließlich Zuteilungen an Industrie und Gewerbe. — ⁴⁾ Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds.

Diese Verbrauchsumschichtung vollzog sich in den letzten Monaten jedoch nicht nur wie bisher aus gesundheitlichen und preislichen Gründen²⁾, sondern z. T. wegen des ungenügenden Angebots an Importschmalz. Um die Nachfrage nach inländischem Schmalz und Speck anzuregen und die Preise, die im Frühjahr und Sommer teilweise unter das Vorjahresniveau gesunken waren, zu verbessern, wurden in den Sommermonaten wenig Schmalzimporte bewilligt. Da sich überdies die Auslieferung dieser Importe viel-

²⁾ Siehe auch Monatsberichte Nr. 5, Jg. 1955, S. 182 f.

fach verzögerte, war Importschmalz seit August sehr knapp. Insbesondere im September konnte die Nachfrage mit den ausgegebenen 1.437 t nicht voll gedeckt werden (auf Grund der Bestellungen der Großhändler hätten etwa 400 t mehr abgesetzt werden können). Für Oktober waren zu Beginn des Monats nur 1.000 t Importschmalz verfügbar (400 t Vorrat und 600 t offene Lieferungen aus älteren Importabschlüssen), während der Bedarf etwa 1.600 bis 1.800 t betrug. Diese Verknappung hat nicht nur den Verbrauch von Pflanzenfetten, sondern auch die Nachfrage nach inländischem Schmalz erhöht. Die Preise für Hauschmalz, Speck und Filz zogen seit August ständig an und haben den Vorjahresstand wieder weitgehend erreicht.

Inzwischen hat sich jedoch die Versorgung mit Importschmalz wieder gebessert. Im September und Oktober wurden insgesamt Importe von 3.370 t Schmalz (aus USA, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Holland, Dänemark) und 405 t Filz und Speck (aus Frankreich, Belgien, Holland) abgeschlossen. Außerdem ist ein Import von 1.000 t amerikanischem Rohschmalz, der schon im August abgeschlossen wurde, eingetroffen. Diese Importe dürften aber nur bis Mitte Jänner 1956 reichen, da der Bedarf durch die Auffüllung der Vorräte im Haushalt, Einzel- und Großhandel übersaisonnäßig zunehmen wird. Um eine Wiederholung der Versorgungsschwierigkeiten zu vermeiden, fordern die Konsumentenvertreter die Liberalisierung der Schmalzimporte.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Im September und Oktober nahm die Beschäftigung nur noch geringfügig, die Arbeitslosigkeit aber ziemlich stark zu. Während jedoch im September die Arbeitslosigkeit ungewöhnlich stark und die Beschäftigung nur sehr wenig stieg, entwickelten sich im Oktober Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ungefähr saisonnormal. (Die Entwicklung entsprach ungefähr der Bewegung im Oktober 1953, war aber ungünstiger als in der Hochkonjunktur des Vorjahres.)

Die überraschend ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im September war — wie bereits im letzten Monatsbericht ausgeführt wurde — zum Teil auf Entlassungen von Arbeitnehmern zurückzuführen, die bei den Besatzungstruppen oder im früheren USIA-Konzern beschäftigt waren. Außerdem kamen die Entlassungen in Landwirtschaft und Fremdenverkehr stärker zur Geltung, da die Einstellung von Arbeitskräften in saisonbedingt aufnahmebereiten Wirtschaftszweigen durch den Mangel an geeigneten Personen beschränkt war.

Der Arbeitsmarkt im September und Oktober

Jahr, Monat	Beschäftigte		Vorgemerkte Stellensuchende		Arbeitskräfteangebot	
	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende
1951 IX.	+ 1'1	2.048'2	- 2'4	68'3	- 1'3	2.116'5
X.	+ 2'9	2.051'1	+ 3'9	72'1	+ 6'7	2.123'2
1952 IX.	- 0'6	1.984'8	+ 0'5	116'3	- 0'1	2.101'1
X.	- 6'2	1.978'6	+11'2	127'5	+ 5'0	2.106'1
1953 IX.	+ 5'9	1.989'8	+ 0'0	129'2	+ 5'9	2.119'0
X.	+ 2'8	1.992'5	+ 8'0	137'2	+10'8	2.129'8
1954 IX.	+12'7	2.065'4	- 6'7	91'8	+ 6'0	2.157'2
X.	+10'6	2.076'0	+ 3'4	95'1	+13'9	2.171'1
1955 IX.	+ 1'0	2.148'2	+ 4'8	70'2	+ 5'8	2.218'4
X. 1)	+ 3'0	2.151'1	+ 7'6	77'8	+10'5	2.228'9

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung. — 1) Vorläufige Zahlen.

Im Oktober dürften die Arbeitsmarktveränderungen, die der Abschluß des Staatsvertrages mit sich brachte, im wesentlichen abgeschlossen gewesen sein. Die Verknappung des Arbeitskräfteangebotes hat zwar zum Teil noch saisonbedingte Einstellungen vermindert. Allein dadurch läßt sich jedoch die vom Vorjahr stark abweichende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht erklären. In dieser Jahreszeit haben nur noch die Textil- und Bekleidungsindustrie einen größeren zusätzlichen Bedarf an Arbeitskräften. Die Zahl der arbeitslosen Textil- und Bekleidungsarbeiter sank zwar heuer nur um 891 gegen 2.901 im Oktober 1954, also um 2.010 weniger als im Vorjahr; die gesamte Arbeitslosigkeit nahm aber um 4.201 stärker zu. Es scheint daher der konjunkturelle Auftrieb, sofern er sich überhaupt noch auf den Arbeitsmarkt auswirkt, bedeutend schwächer zu sein als im Herbst 1954. Klarer wird der Konjunkturauftrieb erst im November ersichtlich sein, wenn die Arbeitsmarktdaten nicht mehr — wie im September und Oktober — Nettoergebnisse gegenläufiger Saisonbewegungen sind, sondern fast ausschließlich Beschäftigungseinschränkungen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen zum Ausdruck bringen. (Die geringeren Arbeitskraftreserven können daher im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr von Bedeutung sein.)

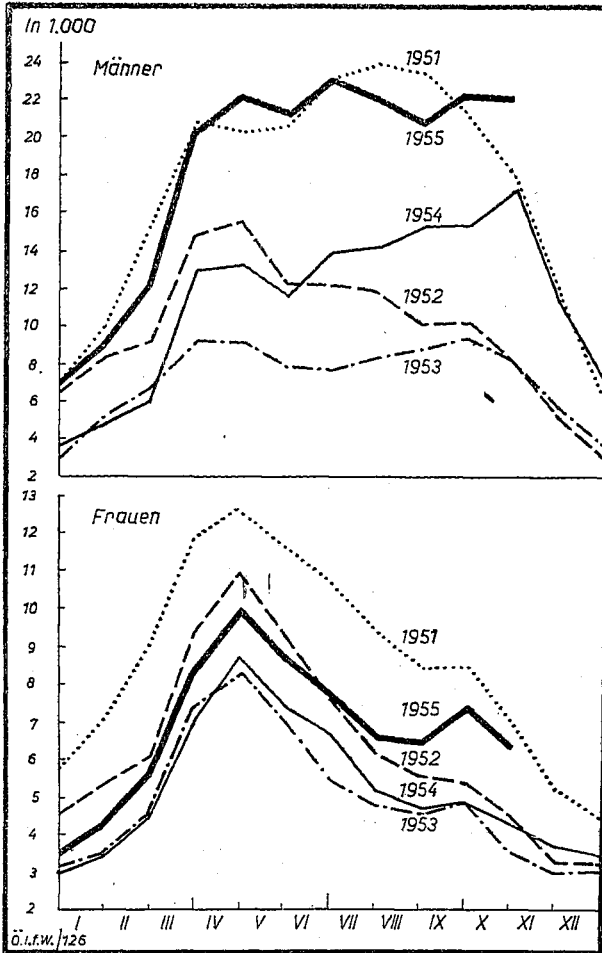
Gemeldete offene Stellen bei den Arbeitsämtern zu Monatsende

Jahr, Monat	Männer		Frauen		Zusammen	
	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende
1954 VI.	+2.270	13.891	- 777	6.668	+1.493	20.559
VII.	+ 206	14.097	-1.518	5.150	-1.312	19.247
VIII.	+1.148	15.245	- 419	4.731	+ 729	19.976
IX.	+ 63	15.308	+ 203	4.934	+ 266	20.242
X.	+1.716	17.024	- 622	4.312	+1.094	21.336
1955 VI.	+1.734	22.905	- 996	7.675	+ 738	30.580
VII.	- 920	21.985	-1.077	6.598	-1.997	28.583
VIII.	-1.334	20.651	- 184	6.414	-1.518	27.065
IX.	+1.485	22.136	+ 922	7.336	+2.407	29.472
X. 1)	- 257	21.879	-1.030	6.306	-1.287	28.185

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung. — 1) Vorläufige Zahlen.

Die gemeldeten offenen Stellen zu Monatsende für Männer und Frauen

(Normaler Maßstab; in 1.000 Personen)



Die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften begann bereits in den ersten Monaten des Jahres 1954 sehr stark zu steigen und erreicht seit dem Herbst des Vorjahres annähernd das hohe Niveau des Jahres 1951. Dieses wurde im September und Oktober sogar leicht überschritten. Die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften konnte zwar das Niveau des Jahres 1951 noch nicht erreichen, wohl aber übertraf sie jene des Vorjahres beträchtlich. Seit dem Sommer entwickelt sich die Zahl der offenen Stellen für Männer weniger günstig als im Vorjahr, das Stellenangebot für Frauen hat sich dagegen gegenüber dem Vorjahr dauernd erhöht. Erst im Oktober sank die Nachfrage nach Frauen stärker als im Oktober 1954.

Auch die Zahl der offenen Stellen hat sich nach einer kurzen Unterbrechung im September wieder ungünstiger entwickelt als im Vorjahr. Sie war im Juni mit 30.600 noch um 10.000, im September mit 29.500 um 9.200, im Oktober jedoch mit 28.200 nur noch um 6.800 höher als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1954.

Bis September war nur die Entwicklung des Angebotes an offenen Stellen für Männer ungünstiger als im Vorjahr. Während im Jahre 1954 das Stellen-

angebot ständig stieg, ist es heuer trotz des Mangels an männlichen Arbeitskräften nicht höher als im April. Im Oktober war auch die Entwicklung des Stellenangebotes für Frauen ungünstiger als im Vorjahr. Die Zahl der offenen Stellen, die seit ihrem Höhepunkt im April saisonbedingt fast ständig zurückgeht, sank stärker als vor einem Jahr.

Freilich ist bei Männern und Frauen die Zahl der offenen Stellen weit höher als in den letzten Jahren. Das Stellenangebot für Männer hat im September mit 22.100 offenen Stellen bereits das hohe Niveau von 1951 leicht überschritten. Die Zahl der offenen Stellen für Frauen blieb indessen bis Mai unter dem Niveau des Jahres 1952 und nähert sich erst jetzt dem Niveau des Jahres 1951. Die Konjunktur hatte allerdings damals ihren Höhepunkt schon überschritten.

Die Zahl der Beschäftigten nahm im September um 1.000 (0,05%) auf 2.148.200, im Oktober um 3.000 (0,1%) auf 2.151.100 zu. Die Zunahmen waren beträchtlich geringer als im September 1954 (+ 12.700) und im Oktober 1954 (+ 10.600) und entsprachen ungefähr den Zunahmen im Jahre 1951. Der saisonbereinigte Beschäftigungsindex des Instituts, der seit Jänner mit einer einzigen witterungsbedingten Unterbrechung im März 1955 kontinuierlich gestiegen war, hat im September erstmals einen leichten Rückschlag erlitten¹⁾.

Im III. Quartal 1955 fanden 32.700 Personen zusätzlich Arbeitsplätze, etwas mehr als im III. Quartal 1951, aber weniger als im III. Quartal 1953 und beträchtlich (um 42%) weniger als im III. Quartal 1954.

Während im III. Quartal 1951, 1953 und 1954 mehr als doppelt so viel zusätzliche Arbeitsplätze von Männern besetzt wurden als von Frauen, war im III. Quartal 1955 die Zunahme der Frauenbeschäftigung mit 15.100 nicht viel kleiner als die der Männer und bedeutend größer als in den Jahren 1951 und 1953 (wenn auch um 18% kleiner als im Vorjahr). Die Neueinstellungen von Männern waren hingegen mit 17.600 kaum noch halb so groß wie im Vorjahr und kleiner als im III. Quartal 1951 und 1953.

Die Beschäftigungszunahme im III. Quartal

Jahr	Männer	Frauen in 1.000	Zusammen
1951	+20'4	+ 8'7	+29'1
1953	+24'7	+10'8	+35'5
1954	+38'3	+18'4	+56'7
1955	+17'6	+15'1	+32'7

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

¹⁾ Dies gilt allerdings nur für die Reihe der vorläufigen Werte.

Ende Juni gab es noch um 106.700 Beschäftigte mehr als im Vorjahr, Ende September waren es nur noch 82.700 und im Oktober nur noch 75.100.

Die Land- und Forstwirtschaft entließ im September saisonbedingt 4.500 Arbeitskräfte, um 1.000 mehr als im September 1954 und beschäftigte Ende September 199.800 Arbeitnehmer gegen 210.100 im Vorjahr.

Die gewerbliche Wirtschaft erhöhte ihre Beschäftigung im September um 5.600. Die Zunahme war viel geringer als im Vorjahr (+ 15.500) und im Jahre 1953 (+ 9.900). Sie entspricht aber annähernd der Zunahme im September 1951 (+ 5.800).

Die Kurzarbeit ging vor allem dank besserer Beschäftigung in der Sensenindustrie und dem Ausscheiden eines früheren USIA-Betriebes der Ledererzeugung in Wien leicht zurück.

Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* stieg im September um 4.800 (7,3%) auf 70.200, im Oktober um 7.600 (10,8%) auf 77.800. In beiden Monaten hat sowohl die Arbeitslosigkeit unter den Männern als auch unter den Frauen zugenommen. Ende September gab es um 21.600 Stellensuchende weniger als Ende September 1954, Ende Oktober nur noch um 17.400, und ungefähr um 60.000 Arbeitslose weniger als im Oktober 1953. Die Rate der Arbeitslosigkeit stieg von 3,0%, dem tiefsten Stand des Jahres, auf 3,2% im September und 3,5% im Oktober. Sie fiel im Vorjahre von 4,6% im August auf 4,3% im September und stieg dann im Oktober 1954 auf 4,4%.

Während die Arbeitslosigkeit im September des Vorjahres in 20 von 27 Berufsklassen, darunter noch bei den Stein-, Bau-, Metall-, Holz- und Hilfsarbeitern, abgenommen hatte, sank sie heuer nur noch bei den Textil- und Bekleidungsarbeitern (jedoch auch hier, wie schon berichtet, viel weniger stark als in den beiden Vorjahren), den Lederarbeitern, Nahrungs- und Genußmittelarbeitern sowie einer kleinen Angestelltengruppe. Bemerkenswert ist aber die starke Zunahme der Gesamtzahl der stellensuchenden Angestellten, die sich im September um 1.400 erhöhte, gegen nur 200 im September 1954 und 1.100 im September 1953. Trotz der guten Nachsaison im Fremdenverkehr erhöhte sich die Zahl der stellensuchenden gastgewerblichen Arbeiter stärker als in allen früheren Jahren.

Im Oktober zeigen sich im wesentlichen die gleichen Tendenzen wie im September. Die Arbeitslosigkeit unter den Bau-, Metall- und Holzarbeitern sowie den Hilfsarbeitern wechselnder Art stieg ebenso wie im September geringfügig, bei den Bauarbeitern sogar etwas weniger als im Vorjahr. Die Abnahme der Zahl der stellensuchenden Textil- und Bekleidungs-

arbeiter war weit geringer als in allen Jahren nach 1951; insbesondere bei den Bekleidungsarbeitern betrug die Abnahme weniger als ein Drittel vom Oktober 1954 und kaum die Hälfte der Abnahme vom Oktober 1953. Neuerlich stieg die Arbeitslosigkeit unter den stellensuchenden gastgewerblichen Arbeitern (um fast 12%) stärker als im Vorjahr. Ihre Zahl, die noch im August mit 2.800 tiefer war als in allen Jahren seit 1948, lag daher Ende Oktober mit 8.800 nur mehr knapp unter dem Stand der Jahre 1954 (9.200) und 1953 (9.100).

Die Arbeitslosigkeit stieg bei den Männern mehr als dreimal, bei den Frauen doppelt so stark wie im Vorjahr. Verglichen mit der Saisonbewegung im Jahre 1953 war jedoch die Zunahme bei den Männern nur halb so groß wie im Oktober 1953, bei den Frauen aber um 35% stärker (auch hier spiegelt sich die geringere Neueinstellung von Arbeitskräften in der Textil- und Bekleidungsindustrie und die erhöhte Freisetzung gastgewerblicher Arbeiter und anderer wider).

Die Arbeitslosigkeit hat in den einzelnen Bundesländern verschieden stark zugenommen. Während im gesamten Bundesgebiet die Arbeitslosigkeit im Oktober mehr als doppelt so stark stieg wie im Vorjahr (+ 125,6%) und nur wenig schwächer (- 5,7%) als im Jahre 1953, war die Zunahme in Niederösterreich (+ 458) um fast die Hälfte kleiner als im Vorjahr (+ 801) und betrug nicht viel mehr als ein Drittel der Zunahme im Oktober 1953 (+ 1.261).

In Salzburg hingegen überstieg die Zahl der Stellensuchenden bereits im September das Niveau des Jahres 1954 und erreichte mit 3.344 den bisher höchsten Oktoberstand der Nachkriegszeit.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13

Die Verkehrsleistungen im *Güterverkehr* der Bundesbahnen waren im September mit 664,7 Mill. netto-t-km um 2% höher als im August. Die Verlade-tätigkeit ließ hingegen etwas nach; für den zivilen Verkehr wurden um 2% weniger Wagen gestellt, einschließlich des Militärverkehrs nahmen die Wagenstellungen um 6% ab. Es gingen vor allem die Transporte von Holz, Getreide, Magnesit und Stickstoff zurück, die Verfrachtungen von Baustoffen, Kohle, Eisen, Metallen, Papier, lebendem Vieh sowie Stück- und Sammelgut nahmen hingegen zu. Die Veränderungen sind jedoch überwiegend saisonbedingt.

Die militärischen Räumungstransporte sind mit dem Abzug der letzten Sowjettruppen um die Monatsmitte September praktisch abgeschlossen. Insgesamt wurden für Militärtransporte im Berichtsmonat

4.774 Wagen und für den gesamten Räumungsverkehr (seit Juli) 20.760 Wagen gestellt, dies entspricht ungefähr dem durchschnittlichen Wagenbedarf für 3 Tage im zivilen Verkehr. Da außerdem die Umlaufzeit der Wagen relativ günstig war, wurde der zivile Verkehr kaum beeinträchtigt.

Wagenstellungen nach Güterarten

(Voll- und Schmalspur)

	Sept. 1955	Veränderung in % (+ bzw. -)		
		Monatsergebnis Vorjahr	gegen Vormonat	Arbeitsstag gegen Vormonat
Insgesamt.....	180.101	+ 5'5	- 5'6	- 5'6
davon				
Kohle, Koks	22.624	- 6'7	+ 3'4	+ 3'4
Holz	18.037	- 6'0	- 6'1	- 6'1
Baustoffe	29.766	+ 8'7	+ 3'3	+ 3'3
Eisen	11.951	+ 8'6	+ 4'8	+ 4'8
Papier	6.248	- 5'1	+ 7'2	+ 7'2
Erze	7.330	-12'2	- 1'1	- 1'1
Kunstdünger	3.531	-13'3	-14'8	-14'8
Nahrungsmittel	12.617	+21'4	+ 1'0	+ 1'0
Stückgut	28.492	+ 5'1	+ 3'5	+ 3'5
Sammelgut	5.306	+ 9'0	+ 5'0	+ 5'0
Zuckerrüben	2	-	-	-
Andere.....	34.197	+24'7	-27'2	-27'2

Die Wagenlage war zufriedenstellend, die Nachfrage konnte zu 97% gedeckt werden. Die Umlaufzeit betrug 5'3 Tage. Für Tonerdetransporte von Porto Maghera nach Lend wurden erstmalig auch Kesselwagen mit Kompressorladung eingesetzt, die den Entladungsvorgang erheblich beschleunigen. Die Beförderung von Autos zwischen Turin und Steyr erfolgt seit Ende September durch Doppelstockwagen. Die vorhandenen 5 Wagengarnituren, bestehend aus je zwei miteinander gekoppelten Wagen und einem Fassungsvermögen von 10 Autos, wurden an die Steyr-Daimler-Puch A. G. auf Dauer vermietet.

Der *Personenverkehr* auf den Bundesbahnen war dank der günstigen Witterung im September relativ hoch. Es wurden 5'78 Mill. Fahrkarten verkauft, 5% mehr als im Vorjahr.

Der *Budgetvoranschlag* der Österreichischen Bundesbahnen sieht für 1956 laufende Betriebsausgaben in Höhe von 5.598'7 Mill. S und Einnahmen von 4.535'5 Mill. S vor. Der Betriebsabgang beträgt somit 1.063'2 Mill. S und das Gesamtdefizit 1.477'3 Mill. S (einschließlich der außerordentlichen Investitionen von 414'1 Mill. S).

Voranschlag der ÖBB für 1956

	Voranschlag 1956	Kassenerfolg 1954	1956 in % von 1955	Vorzriff auf 1957 ¹⁾
	Mill. S			Mill. S
Aktive Bedienstete.....	2.057'0	1.806'1	113'9	—
Pensionisten	1.511'0	1.391'1	108'6	—
Sachaufwand.....	2.030'7	1.901'7	106'8	343'8
Betriebsausgaben	5.598'7	5.098'9	109'8	343'8
Betriebseinnahmen	4.535'5	3.986'2	113'8	—
Betriebsabgang	1.063'2	1.112'7	95'6	—
Außerordentl. Aufwand ..	414'1	684'0	60'5	901'1
Gesamtabgang	1.477'3	1.796'3	82'2	1.244'9

¹⁾ Im Bedarfsfall kann bis zur Höhe der angeführten Beträge auf das Budget 1957 vorgegriffen werden. Dies gilt vor allem für langfristige Bestellungen, die erst im Jahre 1957 ausgeliefert und bezahlt werden.

Gegenüber dem Voranschlag 1955 erhöhten sich die Betriebsausgaben um 499'8 Mill. S (9'8%), von denen 74'2% auf höhere Personalaufwendungen entfallen (3. Stufe des Nachziehverfahrens, Besoldungsneuordnung, höherer Personalstand). Da die Einnahmen um 13'8% höher veranschlagt wurden, sinkt der Betriebsabgang gegenüber 1955 um 49'5 Mill. S (4'4%). Auch der Gesamtabgang ist infolge der konjunkturpolitischen Investitionskürzungen im außerordentlichen Aufwand (414'1 Mill. S gegen 684'0 Mill. S) um 17'8% geringer.

Ein Vergleich des Voranschlages 1956 mit dem voraussichtlichen Kassenerfolg 1955 zeigt, daß man auf der Einnahmenseite im Personen- und im Güterverkehr die Transportfrequenz von 1955 zu Grunde gelegt hat. Der Kassenerfolg 1955 dürfte im Personenverkehr 978 Mill. S (Voranschlag für 1956: 970 Mill. S), im Güterverkehr 3.175 Mill. S (3.216 Mill. S) und insgesamt 4.537 Mill. S (4.535 Mill. S) betragen. In den letzten Jahren überschritten die tatsächlichen Einnahmen den Voranschlag um rund 5 bis 10%, da man die Konjunkturbelebung unterschätzte¹⁾. Diesmal dürfte der Voranschlag realistischer sein, weil die Frequenz gegenüber 1955 kaum mehr erheblich steigen wird.

Betriebseinnahmen der ÖBB

	Voranschlag 1956	Kassenerfolg 1955	1956 in % von 1955
	Mill. S		
Personenverkehr	969'7	940'0	106'6
Güterverkehr	3.216'1	2.744'2	111'4
Sonstige	349'7	302'4	96'8
Insgesamt	4.535'5	3.986'2	109'1

Die für 1956 veranschlagten laufenden Betriebsausgaben (5.599 Mill. S) entsprechen ebenfalls der voraussichtlichen Ausgabengebarung für 1955 (zirka 5.600 Mill. S); sie dürften jedoch etwas zu knapp bemessen sein, da diverse Kostensteigerungen erst in der zweiten Jahreshälfte 1955 wirksam wurden und Ausgabenkürzungen nicht vorgesehen sind. Es muß daher mit Mehrausgaben von 100 bis 200 Mill. S gerechnet werden. Fraglich ist auch, ob der aus konjunkturpolitischen Gründen gekürzte außerordentliche Aufwand (414 Mill. S) eingehalten wird. Langfristige Bauvorhaben (Elektrifizierung, Hochbauten) können meist nur schwer abgebremst werden, da sie mit vielfältigen, bereits laufenden Investitionen ineinandergreifen. Der veranschlagte Gesamtabgang von 1.477 Mill. S wird daher kaum eingehalten werden können und den voraussichtlichen Abgang für 1955 in Höhe von zirka 1.800 Mill. S nicht viel unterschreiten.

An längerfristigen Investitionen sind für 1956 im Streckenbau vorgesehen: Elektrische Fahrleitungen auf den Strecken Villach-Klagenfurt bzw. Feldkirch-St. Veit an der Glan, Wien-Gloggnitz und Konzertschleife in Innsbruck. Von den Hochbauten sollen der Wiener Süd-Ost-Bahnhof, der Grazer und Innsbrucker Hauptbahnhof fertiggestellt und an der Nordbahnbrücke und am Nordbahnhof weitergearbeitet werden. Das rollende Material soll durch 60 neue Elektrolokomotiven und 1.000 Güterwagen ergänzt werden.

¹⁾ Vergl. Monatsberichte Heft 10, Jg. 1954, Seite 307.

Der *Luftverkehr* war, wie in den Sommermonaten, auch im September relativ gut frequentiert. Es wurden 20.340 Passagiere, davon 3.014 im Durchreiseverkehr, befördert gegen 21.530 im August. Der Frachtverkehr von und nach Österreich stieg sprunghaft von 117'9 t auf 153'1 t. Auch der Frachttransit war mit 52'5 t höher als in allen Monaten vorher.

Die wiedererlangte Luftfreiheit hat bereits zur Gründung einiger Luftfahrtunternehmungen in Salzburg (4 viersitzige Passagierflugzeuge), Linz (1 viersitziges) und Wien geführt. Das Wiener Unternehmen will den Hubschrauber-Verkehr aufnehmen und sich im Passagier- wie auch im Fracht- und Reklameverkehr betätigen. Außerdem hat das Amt für Zivilluftfahrt bisher an die Flughafengesellschaften (Linz, Innsbruck und Salzburg) Konzessionen für den Flugverkehr aller Art erteilt. Im Mittelpunkt steht der sogenannte Lufttaxiverkehr, der für den innerösterreichischen Städteverkehr gedacht ist. Da für die Flughafengesellschaften (Bund, Land, Gemeinde) keine gesonderten Wartungskosten entstehen, haben sie gegenüber den privaten Unternehmungen einen erheblichen Kostenvorsprung, so daß angenommen werden kann, daß der innerösterreichische Luftverkehr überwiegend durch die öffentliche Hand besorgt wird.

Der *Fremdenverkehr* zählte im September 2'48 Mill. Übernachtungen, davon 1'34 Mill. von Ausländern. Der Anteil der deutschen Gäste betrug 62%. Gegenüber dem Vorjahr lag die Ausländerfrequenz um 32%, die der Inländer um 4% höher. Die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr beliefen sich auf 187'2 Mill. S und blieben trotz der höheren Frequenz um 22% unter dem Vorjahresstand. Die Devisenausgänge waren mit 65'1 Mill. S nur um 6'3 Mill. S höher als im Vorjahr.

Zur Frage der Gründung einer österreichischen Zivilluftfahrt

Ein „Zehnerausschuß für Fragen der Gründung einer Österreichischen Luftverkehrsgesellschaft“ berät gegenwärtig über den Aufbau der österreichischen Zivilluftfahrt. Vor allen technischen und organisatorischen Problemen, wie insbesondere dem Ausmaß der staatlichen Beteiligung, muß zunächst die grundsätzliche Frage erörtert werden, ob es ökonomisch nicht ratsamer sei, auf eine eigene Zivilluftfahrt zu verzichten und nur die Flughäfen auszubauen.

Der Wiederaufbau einer österreichischen Zivilluftfahrt ist schwierig. Das Ausland besitzt einen jahrelangen Vorsprung; der Wettbewerb zwischen den einzelnen Gesellschaften ist trotz welt einheitlichen

Tarifen scharf¹⁾ und die „ergiebigen“ Strecken sind meist überbesetzt. Außerdem unterliegt der internationale Luftverkehr zahlreichen protektionistischen Beschränkungen, die meist nur in langwierigen Verhandlungen durch bilaterale Abkommen mit den einzelnen Ländern gemildert werden können²⁾. Die Ausstattung mit modernen Flugzeugen (es bestehen zweijährige Lieferfristen) sowie hochqualifiziertes Besatzungspersonal bilden gegenwärtig für alle Fluggesellschaften ein Engpaßproblem, an dem manche geplante Erweiterung scheitert. Auch fordert der rasche technische Fortschritt im Flugzeugbau sehr finanzkräftige Gesellschaften. Neben diesen Schwierigkeiten entsteht für eine österreichische Luftverkehrsgesellschaft ein hoher Devisenbedarf, da sämtliche Investitionen, wie auch die Masse der laufenden Betriebsmittel, aus dem Ausland beschafft werden müssen. Nicht zu übersehen ist ferner, daß neu gegründete Fluggesellschaften mindestens mehrere Jahre lang Zuschußbetriebe sind.

Diese Schwierigkeiten sind freilich nicht unüberwindlich. Die großteils ohne staatliche Zuschüsse arbeitenden Fluggesellschaften der Schweiz und der nordischen Staaten beweisen, daß auch Kleinstaaten in der Lage sind, einen rentablen, nationalen Flugverkehr einzurichten. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß die Anlauffinanzierung großzügig erfolgen muß und eine Reihe von Mindestanforderungen zu erfüllen sind, soll nicht das Unternehmen in eine hoffnungslose Marktposition abgedrängt werden. Vor allem müßte eine Fluggesellschaft schon von Anfang an hinsichtlich Sicherheit, Schnelligkeit und Komfort den konkurrierenden Unternehmungen ebenbürtig sein, um Passagiere zu gewinnen. Dies gilt für einen österreichischen Flugverkehr um so mehr, als er sich nahezu

¹⁾ Da die Luftverkehrsgesellschaften in einem internationalen Tarifikartell zusammengeschlossen sind, konzentriert sich der Wettbewerb vor allem auf besondere Leistungen. So haben die amerikanischen Fluggesellschaften als neueste Konkurrenzmaßnahme das Ratenzahlungssystem im Reiseverkehr eingeführt.

²⁾ Die Grundlage für die gegenwärtige Regelung der Zivilluftfahrt bildet das internationale Luftfahrtabkommen von Chikago (7. Dezember 1944). Es sieht zwar einen freien, unbehinderten kommerziellen Luftverkehr vor, diese Bestimmungen sind jedoch nicht in Kraft getreten. Von den sogenannten fünf Luftfreiheiten sind nur der Transit (1) und technische Zwischenlandungen (2) multilateral zwischen den Vertragspartnern geregelt. Die drei anderen „Freiheiten“, nämlich Passagiere, Post und Fracht vom Heimatland in das Ausland (3) sowie umgekehrt (4) und vom Ausland in einen dritten Vertragsstaat (5) zu befördern, können nur durch zweiseitige staatliche Abkommen erreicht werden. Dieses letzte Recht wird nur in den seltensten Fällen eingeräumt, da hievon die nationalen Fluggesellschaften am stärksten betroffen werden.

ausschließlich in den internationalen Verkehr einschalten muß und im Personenverkehr überwiegend auf Ausländer angewiesen ist. Ein regelmäßiger Inlandsverkehr ist wegen der ungenügenden Nachfrage unrentabel. Die Entfernungen zwischen den wichtigsten Wirtschaftszentren sind so kurz, daß die Bahn voll konkurrenzfähig ist (je nach Lage des Flugplatzes bis zu 300 und 400 km). Bestenfalls käme eine Fluglinie Wien—Innsbruck in Frage. Auch Zwischenlandungen beim Ein- oder Ausflug lassen sich aus zeitlichen Gründen schwer durchführen. Der Inlandsverkehr müßte sich auf einen Bedarfsverkehr beschränken, wie er in Salzburg (4 Flugzeuge) und Linz (1 Flugzeug) bereits eingerichtet wurde.

Schon während der Anlaufzeit müßte aus Ertragsgründen der Betrieb eine gewisse Mindestgröße erreichen. Die notwendige Betriebsgröße hängt von dem rentabilitätsmäßig erforderlichen Streckenumfang, insbesondere dem Verhältnis zwischen Kurz-, Mittel- und Langstrecken ab. Auf Grund der Erfahrungen ausländischer Gesellschaften ist vor allem der ertragsgünstige Langstreckendienst (transkontinental) finanziell entscheidend. Die Swissair wurde erst rentabel, als sie den Nordamerika-Dienst aufnahm, die Deutsche Lufthansa (Betriebsbeginn am 1. März 1955) begann ihren Betrieb gleich mit den Langstreckenlinien und baut erst nach und nach das Kurz- und Mittelstreckennetz aus. Eine österreichische Fluggesellschaft wird daher schon in das Anlaufprogramm (und damit in die Anlauffinanzierung) den Langstreckendienst einbeziehen müssen. Je später der betriebswirtschaftlich notwendige Streckenumfang und die vorteilhafteste Streckenaufteilung erreicht wird, um so länger wird es dauern, bis das Unternehmen ohne Zuschüsse auskommen kann (im allgemeinen dauert die Anlaufzeit drei bis fünf Jahre).

Die für eine ausgeglichene Finanzgebarung erforderliche Mindestgröße für europäische Gesellschaften wird bei den gegenwärtigen Konkurrenzverhältnissen auf mindestens 15 Flugzeuge geschätzt¹⁾. Die Swissair besitzt zur Zeit 32 Flugzeuge, die Lufthansa startete mit 3 Maschinen (Constellation), erweiterte aber den Park innerhalb von zwei Jahren auf 23 Flugzeuge (davon 12 Transkontinentalmaschinen). Der unmittelbare Start kann zwar mit 3 bis 4 Maschinen erfolgen, der weitere Ausbau muß aber in kürzester Zeit durchgeführt werden. Im Finanz-

¹⁾ Der Mindestumfang des Flugparkes hängt nicht unmittelbar mit der Größe des Heimatlandes zusammen. Fluggesellschaften von Kleinstaaten sind auf den internationalen Verkehr angewiesen und müssen, um rentabel zu arbeiten, ein relativ großes Streckennetz befiegen.

plan müssen daher die Mittel für diese erforderlichen Erweiterungen gesichert sein.

Der Kapitalbedarf für den Aufbau einer österreichischen Zivilluftfahrt wird bis zur Erreichung des betriebswirtschaftlichen Betriebsminimums und unter der Annahme, daß auch ältere Maschinen eingestellt werden, mindestens 500 bis 600 Mill. S betragen²⁾. Rechnet man mit einer Anlaufzeit von vier Jahren, dann bedeutet dies einen jährlichen Investitionsbedarf von 150 Mill. S, zu dem noch die ungedeckten laufenden Betriebskosten (Verwaltung, Ersatz, Betriebsmittel und Ausbildung) kommen³⁾. Die Kosten für den Ausbau der Flughäfen und für einen Teil der Bodenorganisation können unberücksichtigt bleiben, da sie auch ohne den Aufbau einer Zivilluftfahrt anfallen würden.

Ob diese Investitionen rentabel sein werden, kann nur eine exakte Marktanalyse unter Berücksichtigung bilateraler Vertragsmöglichkeiten abschätzen. Die Entscheidung über den Aufbau einer nationalen Fluggesellschaft hängt aber nicht allein von der Rentabilität ab. Dieser Gesichtspunkt war bei der Gründung fast aller Fluggesellschaften zweitrangig. Auch ein defizitär arbeitender Flugbetrieb kann (selbstverständlich nur bis zu einem begrenzten Ausmaß) gesamtwirtschaftlich zweckmäßig sein. Der Luftverkehr hat in den letzten Jahren stark zugenommen (Personen wie Fracht) und dürfte sich in den nächsten Jahren voraussichtlich noch mehr ausweiten. Die schmale Heimatbasis ist — wie die Swissair, KLM usw. beweisen — kein unüberwindliches Hindernis. Für eine österreichische Luftverkehrsgesellschaft fällt allerdings die luftverkehrsmäßig periphere Lage des Landes erschwerend ins Gewicht. Wenn die auslän-

²⁾ Es wäre unrealistisch, nur mit dem unmittelbaren „Startbedarf“ für vier Flugzeuge zu rechnen, da eine derartige Gesellschaft bei den gegebenen Konkurrenz- und Streckenverhältnissen nicht lebensfähig ist. Die finanziellen Mittel für den Ausbau müssen schon vor dem Start gesichert sein.

³⁾ Die Lufthansa rechnet bis 1960 mit einem Investitionsbedarf von rund 1 Mrd. S. Die Anschaffungskosten für moderne Flugzeuge liegen gegenwärtig zwischen 30 Mill. S (DC 6) und 50 Mill. S (Super-Constellation); ein Düsenflugzeug kostet 150 bis 200 Mill. S. Das Monatsgehalt eines Flugzeugführers beträgt 10.000 S, seine Ausbildungskosten belaufen sich auf 200.000 S. Für jedes Flugzeug werden vier Piloten benötigt und ein Personal von 60 Angestellten und Arbeitern. Die Swissair hatte Ende 1954 einen Personalstand von 2.920 Personen. Die Bilanz für 1954 weist Personalkosten von 218 Mill. S, Material- und Bodenorganisationskosten von 240 Mill. S, diverse Betriebs- und Verwaltungskosten von 43 Mill. S und Propaganda-Verkaufskosten und Provisionen von 65 Mill. S aus. Die Kosten für die Ausbildung des Nachwuchses betragen 18 Mill. S. Der Reingewinn betrug 5,2 Mill. S.

dischen Gesellschaften bisher auf transkontinentale Direktverbindungen von und nach Österreich verzichteten¹⁾, dann war hierfür der ungenügende Bedarf maßgebend. Da eine österreichische Luftverkehrsgesellschaft kaum vor Anfang 1957 einen Liniendienst aufnehmen kann, wird bis dahin die Bedarfsentwicklung aufmerksam verfolgt werden müssen.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9

Im September haben Ein- und Ausfuhr zugenommen. Die Ausfuhr stieg nach dem saisonbedingten Rückgang im August um 132 Mill. S auf 1.585 Mill. S. Damit übertraf sie auch den bisherigen Rekordmonat Juli um zehn Millionen Schilling. Die Einfuhr weitete sich fast ebenso stark, um 107 Mill. S auf 1.934 Mill. S, aus. Sie erreichte (nach Dezember 1954 und März 1955) den dritthöchsten Wert. Der Einfuhrüberschuß sank nur wenig — von 374 Mill. S auf 349 Mill. S. Davon entfielen drei Millionen Schilling auf ERP-Importe (Mais). Das Ausfuhrvolumen war im September mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt 1937 und übertraf die bisher höchste Ausfuhr (Juli 1955) um 4%. Das Einfuhrvolumen überschritt zwar (mit 173% von 1937) den Stand vom Vormonat um 4%, blieb aber hinter dem bisherigen Höchststand um 5% zurück.

Die *Einfuhr* nahm im September in allen Hauptgruppen zu. Die Zunahme bei den Rohstoffen war auf stärkere Brennstoffimporte zurückzuführen. Die sonstigen Rohstoffimporte gingen etwas zurück, vorwiegend infolge geringerer Importe von Wolle und Baumwolle. Die stark rückläufigen Lieferungen von Ruhrkohle zwingen zu einer Verlagerung der Kohlenbezüge auf andere Länder. Während im Jahre 1954 (wertmäßig) noch 54% der Kohlen- und Koksimporte²⁾ aus Westdeutschland stammten, waren es im 1. Halbjahr 1955 nur noch 38%, im Juli und August 32%, im September gar 18%. In den gleichen Zeiträumen stieg der Anteil der osteuropäischen Kohlen- und Kokslieferungen (aus Polen und der Tschechoslowakei) von 29% auf 30, 34 und 42% und der Anteil der amerikanischen Kohle von 11% auf 23, 24 und 30%.

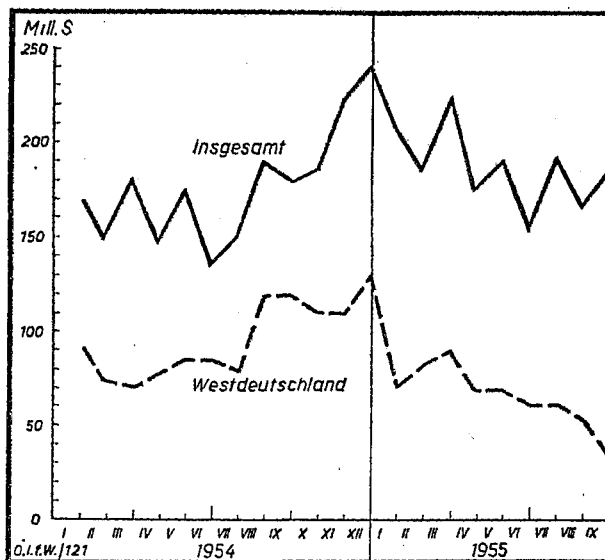
Bei den Fertigwaren erreichte die Einfuhr von Personenaautos nach einem starken Rückgang im August mit rund 5.000 Wagen (105 Mill. S) wieder nahezu den Durchschnitt der früheren Monate. Be-

¹⁾ Die am 1. Oktober 1955 von der PPA eröffnete Direktverbindung Wien—New York ist mehr eine Konkurrenzmaßnahme.

²⁾ Ohne Brikette.

Einfuhr von Kohle und Koks

(Normaler Maßstab; in Mill. S)

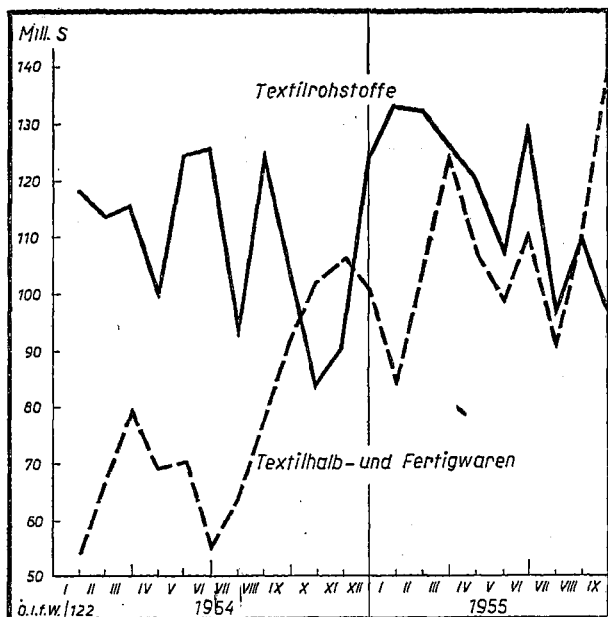


Da Ruhrkohle knapp ist, muß der steigende Brennstoffbedarf seit Beginn dieses Jahres zunehmend aus anderen Ländern gedeckt werden. Während im Jahre 1954 noch 54% der Kohlen- und Koksimporte aus Westdeutschland erfolgten, waren es im III. Quartal 1955 nur noch 27%. Der Anteil der amerikanischen und osteuropäischen Kohle ist dagegen beträchtlich gestiegen.

sonders stark nahm im September die Einfuhr der Fertigwaren außerhalb der Gruppe Maschinen und Verkehrsmittel zu. Diese Importe stiegen um 29 Mill. S auf 267 Mill. S, einen neuen Höchststand. Die anhaltende Konjunktur, weitere Auswirkungen der Liberalisierung und zum Teil auch der Bedarf, der im Zusammenhang mit der Operneröffnung entstand, trugen dazu bei. Vor allem die Einfuhr von Textilwaren und Uhren (und anderen feinmechanischen und optischen Geräten) ist bedeutend gestiegen. Die Textileinfuhr (Halb- und Fertigwaren) erreichte einen Wert von 139 Mill. S, verglichen mit einem Durchschnitt von 104 Mill. S in den ersten acht Monaten; Uhren und feinmechanische Erzeugnisse wurden im September im Werte von 38 Mill. S eingeführt, gegenüber einem Jänner-August-Durchschnitt von 26 Mill. S.

Die geographische Verteilung der Einfuhr hat sich im September deutlich zum amerikanischen Kontinent verschoben, von wo 13% aller kommerziellen Importe bezogen wurden. Neue Höchstimporte aus den USA (155 Mill. S, ohne ERP) und aus Argentinien (61 Mill. S) fielen stark ins Gewicht. Die erhöhten Einkäufe in den USA sind zum Teil eine Folge der höheren Kohlenbezüge, die von 36 Mill. S im August auf 69 Mill. S im September stiegen. Zum Teil dürfte sich jedoch bereits die Dollarliberalisie-

Entwicklung der Textileinfuhr (Normaler Maßstab; in Mill. S)



Die Liberalisierung hatte in der zweiten Hälfte des Vorjahres eine sprunghafte Zunahme der Einfuhr von Textilhalb- und Textilfertigwaren zur Folge. Im September dieses Jahres ist die Einfuhr dieser Waren neuerlich stark gestiegen. Die Einfuhr von Textilrohstoffen hingegen hält ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres.

zung auswirken. Zunächst werden nicht absolut mehr amerikanische Waren eingeführt, sondern nur mehr Waren direkt aus Amerika anstatt wie bisher indirekt über westeuropäische Staaten. Während der Wert der in Amerika direkt gekauften Waren (ohne Brennstoffe und ERP-Waren) von 67 Mill. S im August auf 86 Mill. S im September stieg, ging die Einfuhr von Waren *amerikanischen Ursprungs* (ebenfalls ohne Brennstoffe und ERP-Waren) in der gleichen Zeit von 156 Mill. S auf 129 Mill. S zurück. Die Mehreinfuhr aus Argentinien entfiel auf Weizen und Mais, die beiden einzigen wichtigen Einfuhrposten aus diesem Land.

Die *Ausfuhr* stieg im September fast ausschließlich dank höheren Fertigwarenexporten. Ihr Wert

erhöhte sich um 125 Mill. S auf 734 Mill. S, womit der bisherige Höchstwert dieser Gruppe (Dezember 1954) um 7% überschritten wurde. Nahrungsmittel- und Rohstoffexporte stiegen hingegen nur wenig und blieben unter ihren bisherigen Höchstwerten; die Halbwarenausfuhr ging infolge geringerer Eisen- und Stahlexporte leicht zurück. Der Anteil der Fertigwaren an der Ausfuhr stieg von 42% im August auf 46% im September. Einen so hohen Prozentsatz hatte die Fertigwarenausfuhr seit Jänner 1954 nicht mehr erreicht. Die Mehrausfuhr erstreckte sich auf fast alle Fertigwaren. Absolut am stärksten nahmen die Exporte der traditionellen Exportwaren zu – Textilwaren (+ 25 Mill. S) und Papier (+ 20 Mill. S) –, relativ war jedoch die Zunahme bei anderen Waren zum Teil noch viel größer, so bei Fertighäusern (+ 88%), Schuhen (+ 205%), Kautschukwaren (+ 65%), Holzwaren (+ 52%) und elektrotechnischen Maschinen und Apparaten (+ 43%).

Im *III. Quartal* hat sich die Handelsbilanz weiter leicht entspannt. Zwar ging die Einfuhr nicht mehr – wie im Vorquartal – zurück, doch stieg sie weniger als die Ausfuhr. Diese erhöhte sich gegenüber dem *II. Quartal* um 219 Mill. S (5%) auf 4.613 Mill. S, die Einfuhr hingegen nur um 190 Mill. S (4%) auf 5.591 Mill. S. Das Passivum der Handelsbilanz ging daher von 1.007 Mill. S (19% der Einfuhr) im *II. Quartal* auf 978 Mill. S (17%) im *III. Quartal* zurück.

Gegenüber dem *III. Quartal* des Vorjahres, als der Importstoß noch nicht eingesetzt hatte und die Handelsbilanz noch ausgeglichen war, hat sich die Lage allerdings bedeutend verschlechtert. Die Einfuhr ist seither um 39%, die Ausfuhr aber nur um 15% gestiegen.

Ein- und Ausfuhr

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1.000 \$	Mill. S	1.000 \$	Mill. S
1954 III. Quartal	2.034	4.020	1.390	4.019
1955 II. „	2.327	5.401	1.371	4.394
III. „	2.552	5.591	1.415	4.613